

Sozialdemokrat

Ganzpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag II., Tržstanská 18. • Telefon: 26795, 35469. • (Nachredaktion): 26797 • Postfach: 57544

11. Jahrgang.

Samstag, 5. Dezember 1931

Nr. 283.

Keine Ueberstunden!

Im Hinblick auf die gegenwärtige schwere Absatzkrise und ständig wachsende Arbeitslosigkeit wurde allen Gewerbeinspektoren und Landesbehörden vom Ministerium für soziale Fürsorge neuerlich aufgetragen, vorgelegte Anfragen um die Bewilligung von Ueberzeitarbeit auf das strengste zu beurteilen und etwaige Bewilligungen auf das möglichste Mindestmaß zu beschränken.

Betriebseinstellungen in der Glasindustrie.

Tepliz, 4. Dezember. Die Glasfabriken Palme, König und Habel haben heute ihre Arbeiterschaft vierzehntägig gekündigt. Von der Entlassung, die mit Absatzschwierigkeiten begründet wird, werden einige hundert Arbeiter betroffen.

Sozialdemokratischer Redakteur schwer verwundet.

München, 4. Dezember. Wie die sozialdemokratische „Münchener Post“ meldet, wurde ihr verantwortlicher Schriftleiter Martin Gruber in der vergangenen Nacht auf dem Heimwege von zwei Männern überfallen, zu Boden geschlagen und mit einem Schlagring am Kopf und im Gesicht schwer verletzt. Die Täter ergriffen darauf die Flucht. Das Blatt vermutet, daß die Täter politisch Andersdenkende waren.

Mit Eisenruten und Oh'enz'emern erschlagen Valentinsler eine sozialdemokratische Versammlung in Innsbruck.

Innsbruck, 4. Dezember. Die Sozialdemokraten hatten für gestern abends nach Ruffstein eine Protestversammlung gegen die legitimistische und nationalsozialistische Agitation in Tirol einberufen. In der Versammlung hatten sich zahlreiche Nationalsozialisten, verstärkt durch Angehörige aus dem nahen Rosenheim in Bayern, eingefunden, welche die Versammlung gleich nach Eröffnung erschlugen und die sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmer mit Eisenruten, Schenkenemern, Stöcken und ähnlichen Gegenständen angriffen. Bis zum Eintreffen der Gendarmerie und Polizei, die den Saal räumten, waren sieben Personen verletzt worden, davon zwei schwer. Da dies nicht der erste Fall ist, daß Nationalsozialisten aus dem Reich auf österreichischem Boden eingreifen, fordern die Tiroler Sozialdemokraten die Regierung auf, gegen die Einmischung von Ausländern in österreichische Angelegenheiten einzuschreiten.

Innsbruck, 4. Dezember. Das Rektorat der hiesigen Universität beantragte, drei nationalsozialistische Studenten deutscher Staatsangehörigkeit wegen ihrer politischen Tätigkeit zu relegieren. Die Tiroler Landesregierung bereitet die Landesverweisung dieser drei Studenten vor.

Blutiger Regierungswechsel in San Salvador.

New York, 4. Dezember. (Reuters.) Die „New York Times“ bringen eine Meldung, derzufolge es in den Straßen von San Salvador zu einer Schießerei gekommen sei, wobei drei Personen getötet und fünf verletzt worden seien. Die Hauptursache der Ausschreitungen scheint die Unzufriedenheit der Offiziere zu sein, die seit September d. J. keine Wagen mehr erhalten haben. Auch herrscht große Unzufriedenheit mit dem heutigen Regime, an dessen Spitze Präsident Araujo steht, der der Korruption und der Unfähigkeit beschuldigt wird.

Mexiko (Stadt), 4. Dezember. Präsident Araujo ist abgesetzt worden. Ein militärisches Triumvirat hat die Gewalt übernommen. Ein hoher Beamter des Schatzamtes, der die Bedingungen der Auffständischen anzunehmen abgelehnt hat, wurde auf der Stelle erschossen. Die Lage soll nunmehr wiederum ruhig sein.

Hart auf hart in Deutschland.

Entscheidender Kampf zwischen Sozialdemokratie und Kabinett Brüning.

Berlin, 4. Dezember. Je näher der Tag der Veröffentlichung der neuen Notverordnung tritt, umso größer wird die Spannung in der deutschen Öffentlichkeit, desto zahlreicher werden auch die Mitteilungen der Presse über den Inhalt der erwarteten Notverordnung. Der kritischste Punkt der neuen Notverordnung bleibt die Frage der Herabsetzung der Löhne und Gehälter. Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß der in dieser Frage zwischen der Reichsregierung, die auf die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei im Reichstag angewiesen ist, und der sozialdemokratischen Partei ausgebrochene Konflikt sich immer mehr verschärft. Einerseits soll die Regierung, wie die dem Reichskanzler nahestehende Presse mitteilt, entschlossen sein, ihren Plan einer Lohnherabsetzung gleichzeitig mit der Aktion zur Herabsetzung der Lebensmittelpreise durchzuführen und habe damit ihre frühere Absicht, zuerst die Lebensmittelpreise herabzusetzen und dann erst, etwa am 15. Jänner, an die Lohnsenkung heranzugehen aufgegeben. Andererseits bezeichnen aber die Sozialdemokraten die Frage der Löhne als jene Grenze, bei der ihre „Tolerierungspolitik“ gegenüber Brüning ihr Ende finde. Nach außen hin ist die Verschärfung dieses Konfliktes dadurch in Erscheinung getreten, daß der Reichskanzler in den letzten Tagen die Vertreter der Sozialdemokraten nicht empfangen hat, die mit ihm die kritischen Punkte vor Erlass der Notverordnung durchsprechen wollen. Allem Anschein nach wird Brüning die Notverordnung Montag ohne vorheriges Einberufen mit den Sozialdemokraten erlassen. Gegen die Herabsetzung der Löhne haben sich alle Arbeiter- und Beamtenvereinigungen ohne Unterschied der Richtung zusammengeschlossen und haben einen gemeinsamen ständigen Ausschuss zur Verteidigung der Löhne eingesetzt.

Den sozialdemokratischen Standpunkt ribt ein heute im „Vorwärts“ veröffentlichter Artikel des Abgeordneten Kaufhäuser wieder, in dem

es heißt: Man kann von den deutschen Republikanern, insbesondere von der Arbeiterschaft nicht weiter verlangen, ihr Leben zum Schutze eines Staates einzusehen, dessen Regierungsgewalt selbst ihn nicht genügend gegen die Todfeinde der Republik schützt. Dieser Kampf zwischen dem Volkstaat und dem Faschismus tritt in sein entscheidendes Stadium und deshalb ist die nächste politische Entscheidung der Sozialdemokraten auch für das Kabinett Brüning entscheidend.

Die sozialdemokratischen Fraktionsführer beim Reichskanzler.

Berlin, 4. Dezember. Ueber den Empfang der sozialdemokratischen Fraktionsführer beim Reichskanzler Dr. Brüning wird von sozialdemokratischer Seite folgender Bericht ausgegeben: Die Abg. Breitscheid, Grafmann, Herz und Hilferding erschienen am Freitag Nachmittag nochmals beim Reichskanzler Dr. Brüning, um sich nach dem Stand der Arbeiten an der neuen Notverordnung zu erkundigen und dem Reichskanzler mitzuteilen, wie es innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion außerordentlich verstimmend wirkte, daß der Reichsregierung im Kampf gegen den faschistischen Terror die nötige Entschlossenheit fehle. Sie machten darauf aufmerksam, daß gegenüber der Absicht der Reichsregierung, auf gleichzeitige Preis- und Lohnsenkung in weitesten Volksteilen großes Mißtrauen besteht. Der Versuch, die Löhne weiter zu senken, um die Lohnsenkung durch Eingriffe in das Tarifrecht in kürzester Frist zu ermöglichen, sowie der Abbau der Sozialversicherung werde nach wie vor auf entschiedenen Widerstand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften stoßen.

Der Reichskanzler legte die Absichten dar, von denen sich die Reichsregierung bei der neuen Notverordnung leiten lasse, versicherte aber, daß über ihre Gestaltung in den Einzelheiten noch nichts Endgültiges feststeht.

Reichsbanner-Kundgebung gegen den Nationalsozialismus.

Genosse Tarnow: „Kampf für die Republik um ihres sozialen Inhaltes willen.“

Berlin, 2. Dezember. Der Gau Berlin des Reichsbanners Schwarz-rot-gold veranstaltete heute abends im Sportpalast eine Kundgebung gegen den Nationalsozialismus. Als erster Redner sprach als Vertreter der Bundesleitung des Reichsbanners Landtagsabgeordneter Major a. D. Hauff. Der Redner ging in seinen Ausführungen vom Vorheimer Dokument der Nationalsozialisten aus und warnte vor einem Paktieren mit dem Nationalsozialismus. Nach ihm sprach der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Tarnow, der dem Nationalsozialismus den Vorwurf machte, er verberge hinter der Maske des Nationalsozialismus den Angriff auf die sozialen Errungenschaften des deutschen Volkes. Wir Republikaner kämpfen, so sagte der Redner, um die demokratische Republik, nicht um der Staatsform willen — das liegt an letzter Stelle, sondern um ihres sozialen Inhaltes willen.

Im Anschluß an den Abgeordneten Tarnow sprach der Zentrumsvorredner, Schulrat Kellermann, der als Mitglied einer Reichsbannerdelegation an der Abrüstungskundgebung in Paris teilgenommen hatte. Die deutschen Vertreter in Paris hätten durchaus das Gefühl und die Ueberzeugung gehabt, daß in Frankreich eine starke Bewegung zu Deutschland stehe, die gewillt sei, mit allen Mitteln den Kampf gegen den Faschismus zu führen.

Als letzter Redner wandte sich der technische Gaufrührer des Berliner Reichsbanners, Reichhardt, an die Schupo-Formationen des Reichsbanners, die er für den Kampf für die Republik verpflichtete. Er richtete den Appell an die Republik, ihre Kämpfer nicht im Stiche zu lassen. Der Staat müsse

eine treuen, entschlossenen und begeisterten Kämpfer gegen die Todfeinde der Republik schützen. — Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfall.

Die Grenze der Tolerierungspolitik.

Berlin, 4. Dezember. Wie der „Vorwärts“ aus Stuttgart berichtet, hat der sozialdemokratische Parteivorstand Otto Wels in einer Versammlung in der Stadthalle u. a. ausgeführt: Wenn Brüning jetzt eine neue Notverordnung vorbereite, so sei es nötig auszusprechen, daß für gewisse Dinge die Grenze erreicht sei. Jede Abicht nochmaliger Lohnsenkungen werde auf erbitterten Widerstand stoßen.

„Gottesriede“ zu Weihnachten?

Wie in der Fetzzeit.

Berlin, 4. Dezember. Die das Contibüro erfährt, ist von bayerischer Seite eine Anregung an die Reichsregierung ausgegangen, daß sie in der Weihnachtszeit für einen politischen Burgfrieden Sorge tragen möge. Es würde sich dabei um eine Angelegenheit handeln, die in der praktischen Durchführung in erster Linie Sache der Länderregierungen wäre. Man denkt sich deshalb die Verwirklichung so, daß die Reichsregierung mit einem Erlaß an die Länder Mahnungen verleihe, die für die Weihnachtszeit jede parteipolitische Betätigung in Wort und Schrift verbieten.

Eine Waffennotverordnung?

Berlin, 4. Dezember. In den letzten Tagen werden von der Presse in ihren Kombinationen über die bevorstehende Notverordnung auch Behauptungen über eine Waffen-Notverordnung laut, die eine Kontrolle des in privaten Händen befindlichen Waffensbestandes durchzuführen soll. Aus dem Reichsinnenministerium erfährt das Contibüro, daß in der Tat beabsichtigt ist, den Ländern eine Ermächtigung zu erteilen, eine Kontrolle des privaten Waffensbestandes durchzuführen.

Also sprach Viškovsky...

Es wird niemandem einfallen, alles was irgend ein agrarischer Wald- und Wiesenerbauer einem bäuerlichen Publikum zur Vertiefung der agrarischen Partei und ihrer Politik vorträgt, sonderlich ernst, oder gar unter die kritische Lupe zu nehmen. Aber Herr Doktor Viškovsky ist nicht ein Beliebiger, er ist einer der ersten Führer der tschechischen Agrarpartei, die ihn mit dem Amte des Verteidigungsministers betraut hat. Als einem Manne an hoher Stelle stehend, muß man bei ihm schon ein entsprechendes Maß von Verantwortungsgesühl voraussetzen und seinen Reden Beachtung widmen. Besonders wenn es eine Rede ist, von der ein Blatt mit Recht geschrieben hat, daß die darin zutage tretende Tendenz geeignet ist, der nichtagrarischen Bevölkerung „an die Gurgel“ zu greifen. Die Rede, um die es sich handelt, hat Herr Viškovsky vor seinen Wählern in Bergstadt-Ratiboritz gehalten und er hat darin im wesentlichen ausgeführt, daß es ihm als sicher erscheine, daß wir nach der Krise viele Industrien überhaupt nicht mehr haben oder sie teilweise liquidieren werden, und daß wir in unserem Staate zur Erhaltung seines Wirtschaftsgleichgewichtes die intensivierte Landwirtschaft und landwirtschaftliche Industrie werden supplieren (ergänzen) müssen. Hierin wird unsere Industrie einen Ersatz für die verlorenen Auslandsmärkte finden.“ Dem fügte er noch hinzu: „Wir werden nichts Exotisches, nichts zum Leben Untaugliches schenken“.

Herr Dr. Viškovsky spricht hier nicht gerade eine Forderung aus und er sagt auch nicht, daß er ein Programm entwickelt, aber wenn man erwägt, wohin die Wirtschaft unseres Staates unter der Führung und dem überragenden Einfluß der tschechischen Agrarpartei gelangt ist, wie die Krise durch verschiedene Maßnahmen bei uns verschärft wurde und wie infolge der Verhinderung des Zustandekommens notwendiger Handelsverträge mit den Nachbarstaaten unserer Industrie lebenswichtige Absatzmärkte verloren gehen, so möchte man schier glauben, daß die Partei des Herrn Dr. Viškovsky auch schon bisher unsere Exportindustrie für etwas „Exotisches“ und „zum Leben Untaugliches“ gehalten hat, das je eher, je lieber zu verdrängen habe, um das von Herrn Viškovsky gerühmte „Wirtschaftsgleichgewicht“ herzustellen.

In jedem Falle tritt aus der Rede eine Ansicht zutage und sie verrät eine Ahnungslosigkeit von den wirklichen Notwendigkeiten und Lebenserfordernissen des tschechoslowakischen Staates, die bei einem Minister verblüffend wirkt. Mit einer Gefährlichkeit und einer Resigniertheit, als ob es sich um eine durchaus nebenfällige Sache handeln würde, blickt er der Zeit entgegen, da nach Ablauf der Krise „viele Industrien“ ganz oder teilweise zu existieren aufgehört haben werden. Kein Schade drum. Man wird dann einfach die zur Grundbegegangene Industrie durch „die intensivierte Landwirtschaft“ ergänzen und dabei wird auch die Industrie einen Ersatz für die verlorenen Auslandsmärkte finden. Die Primordialität dieser volkswirtschaftlichen Anschauung wird schon bei oberflächlichster Prüfung ihrer Grundlagen sichtbar. Herr Dr. Viškovsky hält die Umwandlung des Staates aus einem vorwiegenden Industriestaat zu einem Agrarstaat offenbar für ein erstrebenswertes Ziel zur Verstellung des Gleichgewichtes der inländischen Produktion mit dem inländischen Markte und er ist wohl der Meinung, daß jene Millionen, die jetzt in der Industrie tätig sind, dann, soweit sie hier nicht mehr Beschäftigung finden, von der Landwirtschaft aufgenommen werden würden. Er hält die Intensivierung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Industrie für das geeignete Mittel dazu. Er überieht nur, daß die landwirtschaftliche Industrie, das ist vor allem die

Zucker- und Spiritusindustrie, heute schon an einer überstarkten Kapazität darniederliegen und alle Versuche, sie mit künstlichen Mitteln zu beleben, schon bisher fehlgeschlagen haben. Und die Landwirtschaft? Im Vergleiche zu anderen Staaten, wo die Landwirtschaft wirklich bereits intensiviert ist, werden in ihr verhältnismäßig weit weniger Menschen beschäftigt, als bei uns, wo gleichfalls bei einer Intensivierung, das ist bei einer Modernisierung und Rationalisierung der veralteten Arbeitsmethoden eher ein sehr bedeutendes Sinken als eine Zunahme der in ihr beschäftigten Menschen die Folge wäre. Man geht in der Annahme nicht fehl, daß bei einer Intensivierung ein Abbau der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte um gut die Hälfte des bisherigen Standes erfolgen würde. Wie da Herr Biskovsky den durch den Ruin unserer Exportindustrie, die er als „erotisch“ zu bezeichnen den Mut hat, frei werdenden Ueberfluß an Arbeitskräften in der Landwirtschaft unterbringen will, ist ein Rätsel und verrät ein ebensolches Maß von Gedankenlosigkeit wie Oberflächlichkeit.

Nun wird vielleicht Herr Dr. Biskovsky einwenden, er habe gar nicht den Wunsch nach dem dauernden Niedergang der Industrie ausgesprochen, sondern einfach eine Tatsache registriert und sogar schon nach einem Ertrag für den drohenden Verlust gesucht. Wichtig ist, daß die erste Befürchtung besteht, es werde, auch wenn die schlimmste Krise abgeflaut sein wird, ein Teil der Industrie kaum wieder belebt werden können und daß dadurch eine bis jetzt nicht abzuschätzende Zahl von Arbeitskräften überhaupt nicht mehr Beschäftigung finden wird. Gewiß weiß niemand, welches Ende die Krise nehmen und welche Dauerverheerungen sie hinterlassen wird. Aber der Ton macht die Musik. Von dieser schweren Befürchtung im Tone des Gleichmuts zu sprechen, wie es der Herr Biskovsky getan und Gedanken zu entwickeln, die auf den ersten Blick ihre vollständige Fehlerhaftigkeit und Unreife zeigen, das verrät, auch wenn man die Politik der Partei des Herrn Biskovsky nicht kennen würde, der das Verständnis für die Notwendigkeit des Gedeihens unserer Industrie abgibt, daß er sich nicht im mindesten der Tragweite jenes wirtschaftlichen Umstellungsprozesses bewußt ist, dessen Kommen er mit zentlicher Unberoholtheit begrüßt. Er scheint nicht zu wissen, daß der Tschekoslowake nach der Auflösung der Donaumonarchie ein großer, ja der größte Teil der Industrie als Erbe zugefallen ist, daß diese Industrie viel zu groß ist, um sich bloß auf die Belieferung des Inlandsmarktes beschränken zu können und daß schon um der in ihr beschäftigten tausenden Arbeiter willen ihrem Niedergang nicht mit Seelenruhe zugehört werden sollte, sondern daß ihre Erhaltung selbst mit „künstlichen Mitteln“, das heißt vor allem durch eine bedachtame Wirtschafts- und Handelspolitik schon einige Mühe ratsam erscheinen ließe. Herr Dr. Biskovsky scheint auch nicht zu wissen oder er ignoriert es geflissentlich, daß auf unserer Industrie und ihrem Export bisher im wesentlichen der Wohlstand und die wirtschaftliche Kraft des Staates

beruhte und daß es den Staat, aber auch die Bevölkerung verarmen ließe, wenn jenes Ideal, die Umwandlung des Staates zu einem Agrarstaat, wie es Herr Biskovsky vorschwebt, seine Erfüllung finden würde.

Es ist leider so, daß wahrscheinlich die Wiederbelebung eines Teiles der Industrie auch nach der Krise sehr schwer fallen oder ganz unmöglich sein wird. Jedenfalls ist der Ausweg, den Herr Biskovsky vorschlägt, gänzlich unweegsam. Und leider ist es auch so, daß die Schwierigkeiten darin zu suchen sind, daß unserer Wirtschaft infolge der Politik der Partei des Herrn Biskovsky, die systematisch das

Zustandekommen wichtiger Handelsverträge verhindert und bestehende zur Auflösung gebracht hat, sehr bedeutende Abzugsmöglichkeiten im Ausland verloren gehen. Das zeigt, wie schädlich sich die Uebermacht der tschechisch-agrarischen Partei für die Lebensinteressen des Staates und seiner Bevölkerung auswirkt. Gelänge es nicht, Herrn Dr. Biskovsky und vor allem seine Partei zum Verlassen einer Bahn zu bringen, wie er sie in seiner Rede vorgezeichnet hat, so würden wir am allerwenigsten zur Herstellung des Wirtschafts-gleichgewichtes gelangen, mit Sicherheit dagegen einer düsteren Zukunft entgegengehen.

Noch nicht genug Opfer in Freiwaldau?

Protest des Genossen Joki gegen den Erlaß des Bezirkshauptmannes.

Prag, 4. Dezember. Obwohl die Debatte über die Erklärung des Innenministers zu den Freiwaldauer Ereignissen im Senat erst zugleich mit der Budgetdebatte abgeführt werden soll, sah sich Genosse Joki bereits heute genötigt, zu diesen Vorfällen in der Plenarsitzung des Hauses Stellung zu nehmen, da durch den gänzlich verfehlten Erlaß des Freiwaldauer Bezirkshauptmannes, den wir bereits gestern scharf kritisierten, in die Bevölkerung neue Beunruhigung, ja direkt neuer Explosionsstoff, hineingetragen wird. Genosse Joki erklärte u. a.:

Aus den Berichten der Augenzeugen, die nach und nach ans Licht kommen, kann man feststellen, daß die beiden Erklärungen des Innenministers nicht in allen Teilen den Tatsachen entsprechen. So nimmt der Bericht keinen Bezug darauf,

daß die Demonstranten schon in Seddors von der Gendarmerie maßlos geprügelt wurden,

was natürlich eine ungeheure Verberberung hervorgerufen hätte. Nach dem ersten Schuß, den die Gendarmen abgaben, haben sich die Demonstranten zur Flucht gewandt und es wurde ihnen direkt nachgeschossen. Das beweist, daß auch blinde Schüsse allein die Zerstreung der Demonstranten bewirkt hätten. Was wäre überhaupt geschehen, wenn die 250 bis 300 Versammelten nach Freiwaldau gekommen wären?ärm, Geschrei, Reden wären wohl alles gewesen. Das Schrecklichste wäre wohl gewesen, daß in Freiwaldau ein paar Fensterscheiben hätten drin glauben müssen.

Juditscheit sind aber auch die Veranstalter dieser Demonstration mitschuldig. Sie haben die Demonstration ja nicht gemacht, um den Arbeitern zu helfen, sondern auch Agitationsbedürfnis. Wieder einmal haben sie schuldlose Menschen, die ihren Worten Glauben schenken, vor die Bajonette der Gendarmen getrieben.

Wir müssen feststellen, daß die Arrangure dieser Demonstration Kruppellos genug waren, Kinder in Lebensgefahr zu bringen, sie in die vorhersehen Reiden zu stellen, während sie sich selbst in Sicherheit brachten! (Zwischenrufe des Kommunisten Rindl) Joki, fortsetzend: Abgeordneter Habel hat im Abgeordnetenhause zugestanden, daß er sich hinter der Gendarmerie befand, daß er aber keinen Versuch gemacht hat, das Unheil abzuwehren, damit er nicht verhaftet werde!

Das ist nicht mehr Verantwortungslosigkeit, das ist Feigheit im äußersten Sinne des Wortes! (Zustimmung.)

Ueber die große Schuld der Gendarmerie, die vollständig den Kopf verloren hat, und der Bürokratie, die wieder einmal ihre Unfähigkeit bewiesen hat, gibt es natürlich keinen

Zweifel. Wie groß diese absolute Unfähigkeit der Bürokratie ist, die ohne Anwendung brutaler Gewaltmittel nicht auszukommen glaubt, dafür liefert einen neuerlichen Beweis der Leiter der Bezirksverwaltung von Freiwaldau, Rat Jakušovič, bei dem man sich fragen muß, ob der Mann noch alle Sinne beisammen hat.

Genosse Joki zitiert wörtlich den bereits gestern in unserem Blatt abgedruckten Erlaß der Bezirksbehörde, in dem jegliche Ansammlung und Zusammenrottung auf öffentlichen Plätzen untersagt und die Bevölkerung vor jeglicher Beteiligung, sei es auch nur als Zuschauer, dringendst gewarnt wird.

Hier wird in ganz unüberblümter Weise mit neuen Gewaltmitteln, mit neuen Schieberetten gedroht.

Der Ton des Erlasses, einem echten Bürokratenhirn entsprungen, gibt den Geist des Vormärz getreulich wieder. Der Erlaß ist nichts anderes, als die eigenmächtige Verbhängung des geminderten Ausnahmezustandes über den Freiwaldauer Bezirk.

Er ist eine furchtbare Provokation der Bevölkerung von Freiwaldau, die sich noch immer in berechtigter Aufregung befindet. Dazu kommt, daß im Bezirk auch noch eine ungemünzte große Masse von Gendarmen zusammengezogen wurde.

Unwillkürlich fragt sich jeder, was denn da in Freiwaldau vorgehen muß. In Wirklichkeit hat die Bevölkerung bis jetzt vollständige Ruhe bewahrt. Freilich, wenn es nach dem Willen der Gendarmerie gegangen wäre, hätte sich am Abend des 25. November noch eine zweite Katastrophe dieser Art ereignen können, als vor der Totenkammer, vor der sich die Arbeitslosen des erschöpften Hauke drängten, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen, durch das brutale Eingreifen der Gendarmerie fast ein neuer Zusammenstoß entstanden wäre. Die Gendarmen haben dabei sogar den gramgebeugten, gebrochenen Vater des Toten bedroht!

Der erwähnte Erlaß wird natürlich gerade das Gegenteil dessen erreichen, was er beabsichtigt, und das Vergehen der Gendarmerie wird nur dazu beitragen, daß aufs neue Unruhe, Verärgerung und Verberberung in die Bevölkerung getragen wird.

Wir protestieren nochmals gegen diesen Erlaß und gegen die Provokation der Bevölkerung durch das Gendarmereiaufgebot auf das erschütteste. Der Kurs in Freiwaldau muß zu einer weiteren Katastrophe führen. Wir verlangen daher vom Innenminister ein rechtzeitiges Eingreifen, bevor ein weiteres Unheil geschieht! (Lebhafte Beifall.)

Ein agrarpolitischer Schulungskurs.

Die Krisenzeit, in der wir uns befinden, beweist uns, daß den Agrarproblemen auch in diesen Tagen die größte Bedeutung zukommt. Für die Arbeiterklasse ist dies schon längst nicht neues mehr, denn sie erkannte, daß ihr Kampf um eine Neuordnung der Wirtschaft und Gesellschaft nur gemeinsam durch die Industriearbeiter und durch das Landvolk erkämpft werden kann. Die Agrarfragen sind aber Spezialprobleme, mit denen sich jeder vertraut machen muß, der unter der ländlichen Bevölkerung für den Sozialismus wirken will. Ist das Wissen um die Dinge im allgemeinen eine Voraussetzung jeder politischen Tätigkeit, so liegt dies besonders auf dem Gebiete der Agrarpolitik.

Die kommunalpolitische Beratungsstelle der Partei hat im Einvernehmen mit dem Zentralverband der Kleinbauern und Häusler und der Zentralstelle für das Bildungswesen beschlossen, einen agrarpolitischen Schulungskurs zu veranstalten, der dem Zwecke dienen soll, die in den ländlichen Gebieten tätigen Funktionäre in die wichtigsten Probleme einzuführen. Der Schulungskurs findet in der Zeit vom 16. bis 23. Jänner 1932 in Internatsform im Erholungsheim der Krankenversicherungsanstalt Rumburg in Dittersbach, politischer Bezirk Tetschen statt. Das Programm dieses Kurses ist folgendes:

1. Das Agrarproblem in der Weltkrise. Vortragender Genosse Tschich, Berlin.
2. Der Kampf um das Landvolk. Vortragender Genosse Jakuš-Prog.
3. Einführung in das Wesen und die Praxis der Steuergelehrte. Vortragender Genosse Krotsch, Bodenbach.
4. Ländliche Rechtsfragen. Vortragender Genosse Dr. Stark, Bodenbach.
5. Aus der Praxis der Landagitation. Vortragende die Genossen Schwetschhart, Uhl und Schmidt.

Das Programm wird durch Abendvorträge verschiedener Art und durch eine Exkursion in die landwirtschaftliche Hochschule in Lieberwitz bei Tetschen a. E. ergänzt. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 250 K. In diesem Beitrag sind die gesamten Kosten für Verpflegung und Unterkunft sowie für die Fahrt mit dem Autobus von Bodenbach—Tetschen nach Dittersbach inbegriffen. Die Teilnehmer mögen ihre Zureise so einrichten, daß sie am 16. Jänner bis 12 Uhr mittags in Bodenbach ankommen. Sie versammeln sich in der Volkshalle, von wo sie mit dem Autobus nach Dittersbach befördert werden. Die Anmeldung der Teilnehmer muß bis längstens am 5. Jänner entweder bei der Zentralstelle für das Bildungswesen in Prag II, Refakanz 18, oder beim Zentralverband der Kleinbauern und Häusler in Teplich-Schönan, Teilerstraße 1, erfolgen. Diese Stellen erteilen auch noch nähere Auskünfte.

Beratungen der Arbeiterport-Internationale in Wien. Nach der letzten Sitzung, welche die sozialistische Arbeiterport-Internationale im Monate September in Prag hatte, sind diesmal die Beratungen dieser Internationale für den 7. und 8. Dezember nach Wien einberufen. In dieser Sitzung nehmen außer den Mitgliedern der Exekutive auch die Mitglieder des Olympiadeausschusses teil. Für die tschechischen Arbeiterturner werden Genosse Charvat, für die deutschen Arbeiterturner Genosse Löwe entsendet, welche mit samt einem Vertreter der Schweiz mit der Funktion von Rechnungsprüfern der Olympiade betraut wurden. An allen Beratungen nimmt auch der Sekretär der Internationale Genosse Zifaba teil.

Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Aitschul

Vertieft dich, zitterte, winsle in einer dunklen Ecke, du räudige Gans, morgen erst bist du wieder der Wächter, morgen erst, um acht Uhr. In eins, zwei, drei... Franzl zählte die Stunden.

Ein grelles Licht schredte ihn aus seinen Gedanken. Sie waren bei der Haltestelle.

Die Straßenbahn kam, sie stiegen ein. Durch den letzten Teil des Baumgartens fuhr der Wagen, an der Ausstellung vorbei, über eine Hängebrücke, die die beiden Flussufer miteinander verband.

„Dort, ein Stückchen weiter, unterhalb der Wehr war es,“ murmelte Franzl vor sich hin.

Georg hatte es gehört, ging aber schweigend darüber hinweg.

„Du willst morgen nicht ins Lloyd kommen?“ fragte er Franzl. „Die illustrierten Zeitungen sind gestern aus Deutschland eingetroffen, also Lesestoff genug vorhanden. Kannst auch ein Feuilleton verbrennen, wenn es dir Spaß macht.“

„Ich habe es mir lieber auf, Morgen ist bei uns nichts los. Aber vielleicht komme ich euch auf ein, zwei Stunden besuchen.“

„Welche Tante wird dann Begräbnis haben?“ lachte Grell. „Du, Franzl, nimm dich in Acht, auf die Dauer hält das auch die zahlreichste Familie nicht aus.“

„Ich lorge schon für den nötigen Nachwuchs,“ meinte Franzl. „Geburten sind auch kein seltener Entschuldigungsgrund bei mir.“

die größte Selbstverständlichkeit wäre, daß sie jetzt beisammen blieben. Keiner sprach ein Wort, beide dachten an dasselbe. So war es immer zwischen ihnen gewesen. Oft waren sie nächtelang durch die dunklen Gassen gewandert, hatten nichts oder nur wenig gesprochen und hatten einander verstanden. Sie hatten schon den Ruf der Untertrennlichen, denn selten sah man einen von ihnen allein.

„Nimm dich doch zusammen, Junge.“ brach endlich Georg das Schweigen, das ihm heute drückend erschien. „Dast sie halt gern, was liegt denn daran?“

Franzl antwortete nicht.

„Kimm's doch nicht so schwer,“ fuhr Georg fort. „s ist schon vielen passiert, sah nur den Kopf deshalb nicht hängen.“

„Was ist schon vielen passiert?“ fuhr Franzl auf. „Weshalb soll ich den Kopf hängen lassen, was soll ich nicht so schwer nehmen?“ Weinahe drohend waren diese Worte herausgekommen.

Georg bemerkte das Mißverständnis. Er sagte leicht Franzls Arm. „Schau, Franzl, ein anderer würde jetzt wahrscheinlich sagen: Verzeih, ich wüßte nicht, daß die Soche so steht und würde auf ein gleichgültiges Thema übergehen. Aber ich... ich muß dir die Augen öffnen. Du verrennst dich da in eine Sache, die — leider aus-sichtslos ist.“ Franzl wollte etwas erwidern, doch Georg unterbrach ihn: „Rein, bitte laß mich ausreden. Ich weiß, ich tue dir weh, ich beroube dich eines schönen Traumes, aber es muß sein. Raff dich doch zusammen, vergiß alles bisherige — wir werden schon gemeinsam darüber hinwegkommen.“

„Aber sie liebt mich doch,“ rief Franzl heftig, ich fühle es, vom ersten Tag an, immer und heute erfuhr ich die Bestätigung dafür, tausendmal. Georg, ich fühle es, ich selbst, Georg, ich, ich, ich... Was willst du eigentlich? Wie kommst du auf so komische Gedanken? Es ist doch alles all richtig.“

Georg schüttelte den Kopf. „Rein, Franzl, es ist nicht alles all richtig, wenigstens nicht so, wie du es glaubst. Erinnerst du dich noch, vor ungefähr einem Jahr irrten wir genau so durch die Straßen, und da warst du es, der mir zu-redete, mir genau so weh tat, wie ich dir jetzt wehtue. Es soll das keine Revanche sein, keine Vergeltung in schlechtem Sinne, ich glaube, du kennst mich genügend, um mich nicht mißzu-verstehen. Ich war damals ebenso blind, ebenso ver-zweifelt, wie du es heute bist, aber heute bist ich dir dankbar dafür. Und du wirst es mir auch sein, heute vielleicht nicht, sicherlich aber später.“

„Du hast das Müdel gern, ich weiß es, du bist überzeugt, daß deine Liebe ebenso erwidert wird, irrst dich aber leider. Rein, bitte laß mich aus-sprechen. Sie benimmt sich ja ganz nett zu dir, du hast sie heute geküßt, sie hat vielleicht den Kuß erwidert — das ist aber alles. Du hingegen baust auf diese Nichtigkeiten Hoffnungen auf, glaubst an eine weise Gott wie große Liebe und verlierst bei alldem deinen sonst so klaren Blick. Bedenke doch, was bedeutet dieser kleinen ver-wöhnten Erna ein Kuß unter vielen anderen, was liegt ihr an einem einzelnen Menschen, wo sie doch von so vielen umschwärmt wird? Nichts. Oder doch nur wenig. Versteh mich recht, ich will sie weder beleidigen noch irgendwie herabsetzen, du aber siehst in ihr ein Ideal, eine Heilige, mutest ihr Gefühle zu, die sie nie gehodt hat und vielleicht auch nie haben wird. Heute gefällst du ihr, morgen weiß sie nicht mehr, daß du auf der Welt bist. Du bist ihr um gar nichts mehr, als jeder andere ihrer Trabanten, bist nichts weiter als ihr augenblicklicher Flirt.“

„Ihr augenblicklicher Flirt?“ rief Franzl entsetzt hervor. „Rein, Georg, das ist nicht wahr, das kann nicht wahr sein, das wäre ja furchtbarlich. Rein, nein und tausendmal nein.“ Er schmerzte. Sollte Georg vielleicht doch recht haben? Ist Erna also auch so, wie alle anderen? Rein, das konnte, das durfte nicht sein.

Georg hatte sich bestimmt geirrt. Erna war anders, ganz anders, Erna war einzig. Georg hatte unrichtig gesehen. Erna, vergib ihn, denn er weiß nicht, was er tut, dachte Franzl und mußte lächeln über diesen Gedanken.

Georg hatte sich bestimmt geirrt. Erna war anders, ganz anders, Erna war einzig. Georg hatte unrichtig gesehen. Erna, vergib ihn, denn er weiß nicht, was er tut, dachte Franzl und mußte lächeln über diesen Gedanken.

„Schau, Franzl,“ fuhr Georg fort, „es ist ja gar nicht anders möglich. Vor acht Jahren, als du dich in den schönsten Träumen von der weiten Welt wiegtest, hast du sie das erste Mal gesehen. Sie war anders als du, anders als deine Um-ggebung und so wurde sie die Verförperung deines sehnsüchtigen Wunsches. Auch das zufällige Zusammentreffen nach so langer Zeit hat seine Wirkung auf dich nicht verfehlt. Du hast alles miterlebt, du warst allein in der Stadt, du hast dich hier einsam gefühlt, alles nur du, sie nichts, aber auch gar nichts. Ihre einzige Erinnerung an jenen Tag besteht darin, daß ihr eine Narbe zurüdgeblieben ist, die ihr, um unschuldig zu bleiben, eine bestimmte Fixtur zur Pflicht macht. Das ist alles. — Laß dich doch nicht unterliegen von ein bißchen lächlicher Kinoromanfil. Es ist ja doch nur Kitsch und nichts anderes.“

„Kitsch und nichts anderes,“ wiederholte Franzl leise und versank in Nachdenken.

Sie schritten schweigend nebeneinander her. Eine Dirne sprach sie an. Sie gingen weiter. Stundenlang.

Es dämmerte schon, als sie sich trennten.

„Gute Nacht, Georg.“

„Gute Nacht, Franzl.“

Jeder ging in einer anderen Richtung.

„Gute Nacht,“ dachte Franzl, „wie viel Ironie liegt doch in diesen zwei Worten. Gute Nacht. Ja, ich werde eine gute Nacht haben, werde schlafen, fest schlafen, immer nur schlafen, schlafen, schlafen —“

Bliefern krochen die Tage dahin, schleppend wie müde Kulis, die unter einer zentnerschweren Bürde kauften.

(Fortsetzung folgt.)

Wie der Bougain den Strafelia verteidigt!

Wien, 4. Dezember. Der Nationalrat hat heute das Gesetz über die Aufhebung der sogenannten Strafelia übertrage bei den Bundesbahnen angenommen. In der Debatte kam es wiederholt zu stürmischen Ausbrüchen, zunächst, als der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Deutsch den Seeresminister Bougain angriff, daß er als Bundesminister seinerzeit den Strafelia, einen gerichtlich gebrandmarkten Schieber, zu einer der höchsten Stellen des Staates befördert habe. Der Christlichsoziale Abgeordnete Leskovar und Seeresminister Bougain beantworteten die Angriffe damit, daß sie eine Liste von über 2000 Eisenbahndienstleistungen vorlegten, die wegen verschiedener Verbrechen, darunter Mord, Diebstahl, öffentliche Gewalttätigkeit, Notzucht usw. verurteilt seien, ohne daß sie deshalb von ihren Dienstposten entsetzt worden seien. Doktor Bauer beantwortete die Ausführungen des Ministers Bougain dahin, daß es sich bei dieser Liste zweifellos um große Teile um Notdelikte handle, die von dem konstituierten Parlamente vor dreizehn Jahren mit Rücksicht auf das Elend der letzten Kriegszeit und der ersten Nachkriegszeit amnestiert worden seien, zum Teile jedoch auch um bereits geführte Strafen, deren Vorhaltung sogar strafbar sei. Uebrigens seien nicht nur sozialdemokratische Angestellte in dieser Liste zu finden, sondern wenn er Namen nennen wollte, könnte er einige Verwandte christlichsozialer Abgeordneter anführen. Jedenfalls begrüßen die Sozialdemokraten dieses Gesetz, das endlich die Korruptionsaffäre Strafelia liquidiere.

Max Habsburg.

Wien, 4. Dezember. Wie der „Abend“ aus verlässlichen Quellen berichtet, hat sich Max Habsburg, der Bruder des letzten Kaisers Karl und der Oheim des Otto Habsburg, in der vorigen Woche in Wien aufgehalten. Mit ihm seien auch Monarchisten aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei eingetroffen, um die in Steiermark bei der Erbkaiserin Jita aufgenommenen Verhandlungen zu Ende zu führen. Erst auf die Nachricht von dem mißlungenen Putsch in Ungarn, von dessen bevorstehendem Ausbruch die Erbkaiserin und der in Wien weilende Habsburger Kenntnis gehabt haben sollen, hat Max Habsburg mit seiner Begleitung Wien wieder verlassen.

Die Wiener Polizeidirektion teilte auf die Anfrage unseres Wiener Korrespondenten mit, daß Max Habsburg tatsächlich vorige Woche in Wien „gewest“ hat.

Starhemberg, der Refordflügel.

Wien, 3. Dezember. Die Korrespondenz „Dermer“ veröffentlicht eine Erklärung eines Mitarbeiters Hitlers, der erklärte, daß Starhemberg gelogen hat. Nach den Behauptungen des Fürsten Starhemberg soll er seinerzeit an Adolf Hitler folgende Anfragen gerichtet haben: „Kann mir Hitler versichern, daß er in Deutschland noch vor dem Zusammenbruch in Osterrreich die Macht ergreifen wird? Kann mir Hitler versichern, daß wir dann sofort den Anschluß durchführen können?“ Diese beiden Fragen soll Adolf Hitler mit einem glatten Nein beantwortet haben. In diesen angeblich von Fürsten Starhemberg gestellten Fragen erklärt nun ein Mitarbeiter Hitlers, Erzbischof Walded, folgendes: Die Unterredung zwischen dem Bundesführer Starhemberg und Adolf Hitler fand in meinem Beisein statt. In diesen angeblich von Fürsten Starhemberg gestellten Fragen erklärt nun ein Mitarbeiter Hitlers, Erzbischof Walded, folgendes: Die Unterredung zwischen dem Bundesführer Starhemberg und Adolf Hitler fand in meinem Beisein statt. Vom Fürsten Starhemberg wurde keine der beiden Fragen gestellt. Damit erübrigt sich auch die angebliche Beantwortung Hitlers. Ich erkläre somit, daß alle diesbezüglichen Angaben erlogen sind.

Die Unterfuchung des ungarischen Putschversuches.

Budapest, 4. Dezember. Die Polizei hat die Verhöre in der Angelegenheit des Putschversuches noch nicht abgeschlossen. Die Häftlinge sind bestrebt, im mer neue Namen in die Affäre einzubringen. Sie erwähnen dabei auch hochgestellte Persönlichkeiten. Gestern ist die Gattin des Präsidenten der ungarischen Hitlerpartei, Ladislaus Temesváry, verhört worden. Es ist begründeter Verdacht vorhanden, daß sie an den Vorbereitungen des Putschplanes teilgenommen hat. Sie wurde im Militärgefängnis zurückbehalten.

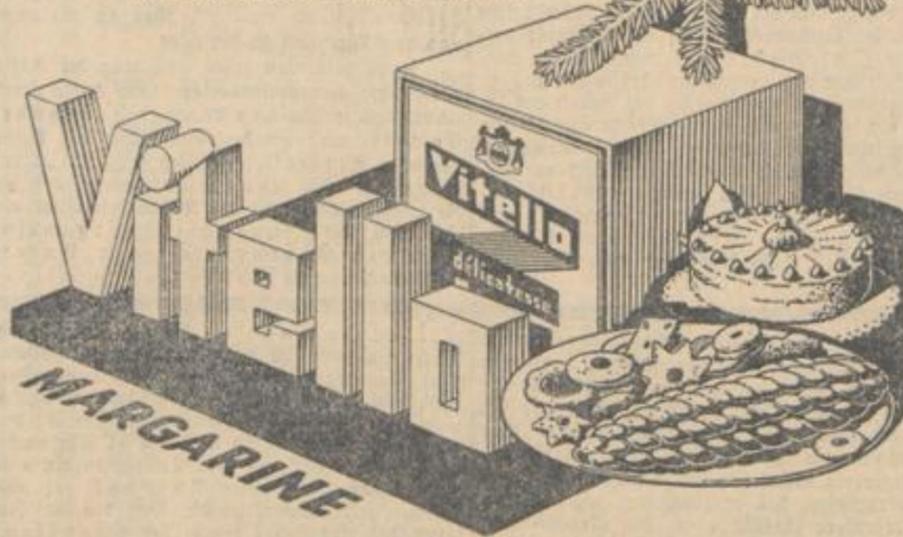
Agrarkonferenz in Sofia.

Sofia, 4. Dezember. Die Konferenz der Agrarstaaten wird am 8. bis 13. d. in Sofia abgehalten werden. Das Sekretariat, das durch die bulgarische Regierung organisiert wurde, setzte ein genaues Programm des Aufenthalts der Delegationen der interessierten Länder Polens, Rumaniens, Ungarns, der Tschechoslowakei, Estlands und Litauens fest.

Genossen! Ihr müsst un-
ausgesetzt für
die Verbreitung unserer Zeitung agitieren.
Setzt euch überall für unsere Parteipresse
ein. In das Heim des Arbeiters gehört die
Arbeiterpresse. Darum, **agitieri**
Genossen u. Genossinnen

Ein Kinderwunsch... den Mutter gern erfüllt!

„Mutti, back' doch zu Weihnachten etwas ganz besonders Gutes!“ Mutter lächelt. Keine Sorge, der Festkuchen wird gut mit Vitello, der herrlich wohlschmeckenden Delikatess-Milch-Margarine. Eine verlockende Torte, ein köstlicher Striezel und recht viel kleines Backwerk - da gibt es nur zufriedene Gesichter ringsumher.



5 Uhr-Ladenschluß am Heiligen Abend vom Senat angenommen.

Prag, 4. Dezember. Im Senat, der heute die Zuweisung des Budgets an den Budgetausschuß vornahm, stand der Regierungsentwurf über die Einführung der 5 Uhr-Ladenschluß am 24. Dezember (Heiliger Abend) zur Verhandlung.

Der Entwurf sieht die 5-Uhr-Ladenschluß für alle den Kaufhäusern zugängliche Handelsräume (Läden) einschließlich der zugehörigen Kioske und Magazine im Handelsgewerbe vor, ebenso beim Warenverkauf in gewerblichen Betrieben, Konsumvereinen und Genossenschaften aller Art, weiter im Expeditionsgewerbe. Nach einer authentischen Interpretation bezieht das Gesetz auch auf die Automatenbüfets, Käufer, die bei Ladenschluß noch im Geschäft sind, dürfen noch bedient werden.

Ueberrretungen werden von der Bezirksbehörde mit Geldstrafen bis zu 1000 K., im Wiederholungsfalle neben der Geldstrafe mit Arrest bis zu 14 Tagen bestraft. Günstigere Bestimmungen von Kollektiv- wie von Einzelbetrieben, sowie auch ein üblicher früherer Ladenschluß bleiben in Gültigkeit.

Beide Referenten empfahlen die Vorlage, die nicht zuletzt der Initiative unserer freige-werkschaftlichen Angestellten-organisationen zu danken ist, aufs wärmste zur Annahme.

Savranek wies darauf hin, daß in Fabriken und Betrieben ohnedies meist schon mittags oder in den ersten Nachmittagsstunden geschlossen wird, nur in den gewerblichen Betrieben dauerte die Arbeitszeit auch an diesem Tage oft bis spät abends. Die Forderungen der Angestellten decken sich da zum großen Teil mit denen der Arbeitgeber. Durch den späten Ladenschluß wird beiden Teilen oft die Möglichkeit genommen, diesen Abend im Kreise der Familie zu verbringen. Gelaßt wird in diesen späten Stunden ohnedies nur wenig, höchstens Dinge, die man gerade vergessen hat. Das deckt jedenfalls nicht einmal die brennenden Aufgaben für Licht und Beheizung. Durch die einheitliche Regelung werden Befürchtungen wegen eventueller Konkurrenz hinfällig. Die Referenten betonten, daß auch die Gewerbetreibenden diesen Antrag begrüßen.

Nach kurzer Debatte wurde die Vorlage in beiden Lesungen genehmigt. Ebenso wurde auch eine Resolution beschlossen, in der die Wiedereinführung der Doppel-feiertage zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten von der Regierung gefordert wird.

Den Rest der Sitzung füllten kommunistische Reden zu einigen Immunitätsfällen aus. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden, sobald der Budgetausschuß die Debatte über den Staatsvoranschlag beendet haben wird.

Der Budgetausschuß tagt.

Nach dem Plenum trat der Budgetausschuß sofort zusammen, wählte den tschechischen Agrarier Stodola zum Generalsekretär und teilte die Referate über die einzelnen Budgetkapitel auf. Der Ausschuß wird die Budgetdebatte bereits morgen (Samstag) vormittag beginnen. Sie wird wegen des Feiertages, am 8. d., erst Mittwoch weitergehen und soll nach den bisherigen Dis-

positionen bereits nächsten Freitag abends abgeschlossen werden.

Biškovsky über die Dienstzeit- verkürzung.

Die Vorbereitung für die Abrüstungskonferenz.

Im Wehrausschuß des Senats gab Verteidigungsminister Biškovsky einen ausführlichen Bericht über den derzeitigen Stand der Vorbereitungen für die Dienstzeitverkürzung und über die Heranziehung einer genügenden Zahl von längerdienenden Unteroffizieren als Instruktoren.

Es wurde eine eigene Kommission errichtet, die aus Vertretern des Außen- und des Verteidigungsministeriums besteht und die gemeinsam mit dem Generalstab Vorbereitungen für die kommende Abrüstungskonferenz treffen soll. In diesen Rahmen fällt offenbar auch die Dienstzeitverkürzung.

Der Minister versprach, daß die Vorlage rasch ausgearbeitet und dem Parlament vorgelegt werden soll.

Der anschließende Bericht des Ministers über das Sanitätswesen und die Selbstmorde in der Armee wird den Ausschußmitgliedern auch schriftlich zugestellt werden. Ueber einbringliches Verlangen des tschechischen Genossen Koval versprach der Minister u. a., die Frage der Entlassung von Zivilangestellten in den Militärspitalern noch einmal zum Gegenstand von Erwägungen zu machen.

Genosse Koval trat wärmstens für die Einführung der zwölftägigen Dienstzeit gemäß dem Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien ein. Biškovsky schenkte dieser Antrag sehr ungenügend zu kommen; wenigstens sprach er in diesem Zusammenhang davon, daß man jetzt nicht „lizitieren“ solle.

Genosse Jock lehnte es dann ab, sich heute zu der Materie zu äußern, weil der Minister den Ausschuß vorzeitig verließ.

Der tschechische Genosse Filipinsky setzte sich energisch dafür ein, daß der Wehrausschuß rechtzeitig zur Mitarbeit an der Ausarbeitung der Vorlage über die Dienstzeitverkürzung herangezogen werde.

Information verkrüht - Realisierung beschleunigt.

In der von der „Prager Presse“ veröffentlichten Nachricht über die Verkürzung der Präzidenzzeit, teilt das Ministerium für Nationalverteidigung mit: Diese Nachricht war keine offizielle Nachricht; des Ministeriums für Nationalverteidigung, wie von einigen Seiten angenommen wurde, und war übrigens auch in der „Prager Presse“ nicht als solche bezeichnet. Daher sind auch die Informationen über den Inhalt einer solchen Vorlage verkrüht. Das Ministerium für Nationalverteidigung ist sich der Aktualität dieser Frage voll bewußt, welche sie nicht aus dem Auge läßt und alle Vorbereitungen für ihre beschleunigte Realisierung trifft.

Japan gibt nicht nach.

Der Völkerbund wird vielleicht - die Resolution abändern...

Paris, 4. Dezember. Der Völkerbundrat, der gestern weder eine öffentliche noch eine private Sitzung abgehalten hatte, erwartet die Antworten der Regierungen von Tokio und Nanking auf die Mitteilungen, die ihnen die Delegationen sowie das Völkerbundratssekretariat in den letzten Tagen zugehen ließen. Die Schwierigkeiten liegen einerseits in der Aufgabe, die der Untersuchungskommission des Völkerbundes anvertraut werden sollen, andererseits in der Errichtung einer neutralen Zone. Beide Delegationen, sowohl die japanische, als auch die chinesische, werden, wie verlautet, auf ihren Prinzipien beharren.

Die japanische Delegation beharrt auf der Errichtung einer neutralen Zone und fordert, daß das chinesische Küstengebiet überall energisch belämpft werde. Sie wünscht, daß der Untersuchungsausschuß des Völkerbundes bloß neutrale Beobachter, die keinerlei Interessen im Fernen Osten besitzen, angehören. Die chinesische Delegation erklärt, daß sie solange abwarten müsse, bis Japan die Resolution des Völkerbundes ausdrücklich gutgeheißen habe. Bis zu diesem Zeitpunkt lehnt sie jedwede direkte Verhandlungen mit Japan ab. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Völkerbundrat geneigt sein werde, den Text der bereits ausgearbeiteten letzten Resolution nochmals abzuändern.

Briands Ton „anstoßig“.

London, 4. Dezember. Der Korrespondent der „Times“ in Tokio berichtet: Das Mißtrauen Japans vergrößert sich. Die Regierung hat gestern abend weitere Abänderungsanträge zu den Resolutionsentwürfen nach Paris telegraphiert. Es wird erklärt, der ganze Ton der Erklärung Briands sei anstoßig, weil er den Eindruck hervorbringe, daß den Chinesen Unrecht geschehen ist und daß die Japaner als Angeklagte vor Gericht stehen.

Die japanische Verlustliste.

Tokio, 4. Dezember. Nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums betragen die Gesamtverluste der Japaner seit dem Beginn des mandchurischen Konflikts am 18. September 210 Tote (darunter 12 Offiziere) und 473 Verletzte, (darunter 27 Offiziere).

Leben wir unter dem Ausnahmezustand?

Man schreibt uns aus Freiwaldau:
Die Bezirksbehörde hat „bis auf weiteres“ gemäß Artikel 3 des Gesetzes über die Organisation der politischen Verwaltung jedwede Zusammenrottung und Ansammlung verboten. Das ist der Inhalt einer Kundmachung, die in den letzten Tagen in allen Gemeinden des Bezirkes offiziell wurde. Bemerkenswert ist dabei, daß diese Verfügung der Bezirksbehörde im Einvernehmen mit der Landesbehörde erfolgte. Der Vater des Gesetzes, auf das sich der Herr Bezirkshauptmann bezieht, der Landespräsident Cerny, hat also geruht, seine Zustimmung zur Verhängung dieses Ausnahmezustandes zu geben. Was soll denn nun aber wieder diese Maßnahme der Behörde, die auf Grund des Gesetzes über die Verwaltungsreform, erlassen wurde? Will man den Bürgern einer demokratischen Republik nicht mehr gestatten, sich vielleicht zu fünf oder zu zehn in den Abendstunden auf der Promenade zu ergehen? Könnte man nicht aus daraus eine Ansammlung oder Zusammenrottung konstruieren? Und - da nun einmal die Behörden bei allen Staatsbürgern voraussehen, daß sie die gesamte Gesetzesammlung auswendig kennen - hat man auch diesmal vergessen, auf die Folgen der Uebertretung dieser Kundmachung aufmerksam zu machen. Hier hat der Bürgerblock, hier haben deutsche Landbändler, Christlichsoziale und Gewerdepartei, gründliche Arbeit geleistet. Denn der Absatz 3 des zitierten Gesetzes, auf den sich die Bezirksbehörde bezieht, setzt Strafen von 10 K bis 5000 K oder Freiheitsstrafen von 12 Stunden bis zu 14 Tagen fest, unbeschadet einer weiteren gerichtlichen Verfolgung. Damit nun der Staatsbürger auch weiß, daß die Behörde in größter Beforgnis über sein Wohl und Wehe wacht, wird in dem angeführten Absatz 3 auch ausgesprochen, daß diese Strafen auch wegen ungebührlichen Handelns oder Verhaltens an öffentlich zugänglichen Orten, durch das die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit, die gute Sitten oder der Anstand verletzt oder gefährdet oder öffentliches Aergernis erregt werden, verhängt werden können. Welcher Bureaufrat wird nicht aus diesen Kaufhausbestimmungen des Gesetzes Delikte herauskonstruieren vermögen, nach welchen es zur Bestrafung der Delinquenten kommen würde? Es erregt öffentliches Aergernis, wenn Arbeitsslose ihren Hunger hinausfahren wollen. Der Innenminister, der Landespräsident und der Bezirkshauptmann wenden also Artikel 3 des Gesetzes 125 an. Es erregt aber kein öffentliches Aergernis, wenn die Gendarmen in unbewaffnete Demonstranten schießt und acht Unschuldige ihr Leben lassen müssen. Das größte Aergernis, welches unter Millionen Menschen dieses Staates und weit darüber hinaus erregt wurde, sind die letzten Vorfälle in Niederösterreich. Wann kommt wer und wendet gegen jene, die in der kritischen Zeit den Kopf verloren haben und die es verschuldet haben, daß die Gendarmen der Gendarmen losgingen, die für diese Delikte gestellten Strafbestimmungen des Artikels 3 des Gesetzes Nr. 125 an?

Tagesneuigkeiten

Wachsende Arbeitslosigkeit im Ostrauer Gebiet.

Währisch-Ostrau, 4. Dezember. Die Verhältnisse am Arbeitsmarkte im Ostrauer Gebiet haben sich im Monate November fühlbar verschlechtert. Nach dem Ausweise des Allgemeinen Arbeitsamtes in Währ.-Ostrau wurden zu Beginn des Monats Dezember 6359 Arbeitslose in Evidenz geführt gegenüber der Zahl von 4952 zu Anfang November. Im November meldeten sich neu 2315 Personen um Arbeit, untergebracht wurden aber nur 286, aus der Evidenz wurden 623 gestrichen. Die Arbeitslosenunterstützung erhielten bei teilsweiser Auszahlung 2287 Personen und bei voller Auszahlung 417. In die Zahl der Arbeitslosen sind auch 2415 beschränkt arbeitende Arbeiter und Arbeiterinnen eingerechnet. In vielen Industriebetrieben wurde die Produktion im November weiter eingeschränkt, im Kaufsache wurde die Arbeit infolge der vorgeführten Jahreszeit vollkommen eingestellt. Auch die Feldbauarbeiten kamen zum größten Teil zum Stillstand.

Und zunehmende Kriminalität!

Währisch-Ostrau, 4. Dezember. Die hiesige Polizei verhaftete den Dieb Franz Eißler aus Nova Ves, der im November eine Reihe von Wohnungen in Währisch-Ostrau und anderswo ausgeraubt hatte. In seiner Wohnung und bei seinen Helfershelfern wurden zahlreiche gestohlene Sachen aufgefunden.

In Währisch-Ostrau wurde dieser Tage eine Bande professioneller Diebe verhaftet, und zwar drei Männer und zwei Frauen. Viele gestohlene Gegenstände wurden bei ihnen vorgefunden.

Gestern abend drangen zwei maskierte Putschisten in die Stationskanzlei in Dobruška ein und versuchten, die beiden anwesenden Eisenbahnbeamten mit vorgehaltenen Revolvern zur Herausgabe des Geldes zu zwingen. Als die Beamten die Herausgabe verweigerten, raubten die Eindringlinge aus der Handtasche 1325 K und verließen das Lokal, worauf sie die Kanzlei von außen abschlossen. Die Gendarmerie nahm die Fahndung auf.

Heberall daselbe Bild.

Altona, 4. Dezember. Im Margarinewerl Edelstedt wurde heute in der vierten Nachmittagsstunde ein dreierter Lohngeldraub verübt. Einige Männer drangen in das Arbeiterhaus ein, bedrohten die Anwesenden und stahlen mit 2000 Mark, die zu Lohnauszahlungen bestimmt waren.

Berlin, 4. Dezember. In Berlin-Neukölln sind Lohngeldräuber mit Erfolg tätig gewesen. Die Täter sind in diesem Falle drei junge Putschisten. Sie überfielen den 70-jährigen Boten einer Baufirma, als er mit 2100 Mark Lohngeldern auf dem Wege nach einem Neuköllner Neubau war. Die drei Räuber, die mit einem Motorrad mit Beiwagen fuhren, hielten plötzlich in einer menschenleeren Straße neben dem Boten an, verhafteten ihn einen Schlag auf den Kopf und entrißen ihm die Aktentasche mit dem Gelde. Ein Begleiter, der dem Boten zur Sicherheit mitgegangen war, konnte den Raub nicht verhindern. Die drei Putschisten sind auf dem Motorrad entkommen.

Budapest, 4. Dezember. (M.Z.) In ein in einer wenig frequentierten Gasse in Upest liegendes Postamt drangen heute nachmittags kurz vor Anstich, d. h. gegen 18 Uhr, zwei junge Leute mit vorgehaltenen Revolvern ein, gaben drei Schüsse in die Luft ab und forderten die dort anwesenden zwei Beamtinnen auf, das vorhandene Bargeld auszugeben. Der im Hintergrunde des Büros stehende 67-jährige Postamtsleiter, den die Räuber vermutlich nicht bemerkt hatten, gab aus einem in der Tischlade verwahrten Revolver gleichzeitig einige Schüsse ab, die die beiden Räuber in die Flucht trieben. Beim Verlassen der Postämterläden zogen die Flüchtenden die halb herabgelassenen Kolladen ganz herunter, so daß ihre Verfolgung verzögert wurde. Sie konnten in der Dunkelheit entkommen.

Budapest, 4. Dezember. Wie die Blätter berichten, wurde gestern in Neu-Vest aus das Lebensmittelmittelgeschäft des Georg Leiz geplündert. Auf ein Kommando wurden die Auslagenfenster eingeschlagen, worauf einige beschäftigungslose Arbeiter, welche die Lebensmittel, die sie hier fanden, raubten, den Geschäftsführer durch einige Messerschläge verletzten und aus der Kasse 40 Pengó nahmen. Bevor die Polizei eintraf, waren die Angreifer verschwunden.

Raubmord im Rinderheim.

Uzhorod, 4. Dezember. Gestern abends wurde im staatlichen Rinderheim in Mukachevo ein Raubmord verübt. Der Täter konnte bisher nicht festgestellt werden. Der Räuber überfiel die Gefährtin des im staatlichen Rinderheim angestellten Aufsehers Ivan Barabov, die Anna Jhnat, die er durch mehrere Stiche in die Herzlammer tötete. Der Räuber raubte 7000 Kc in Banknoten.

Ein, der den Sinn des Nationalsozialismus erfasst hat. In Dortmund gelang es der Polizei, einen nationalsozialistischen Expres-

Der Reptilienfond der Kreditanstalt.

Wien, 2. Dezember. Vor kurzem hat die „Arbeiter-Zeitung“ die Enthüllung gebracht, daß die Leitung der Kreditanstalt beschloffen habe, unter Journalisten einen Betrag von 300.000 Schilling zu verteilen. Die Leitung der Kreditanstalt gab eine leidendehame Erklärung ab, daß sie den Betrag für Zwecke der Information der Presse verwendet habe. Im Haushaltsausschuß hat dann Genosse Dr. Danneberg Aufklärung von der Regierung verlangt und der Ausschuß hat einstimmig beschlossen, die Regierung aufzufordern, bis zum 1. Dezember detaillierte Auskünfte zu geben. Mittwoch gab der Finanzminister zwar nicht die Namen der betroffenen Journalisten bekannt, verantwortete sich vielmehr dahin, daß der Rechtsanwält, durch dessen Hände die Verteilung erfolgt ist, Auskunft verweigere. Im übrigen erfuhr man, daß die Kreditanstalt zweimal einen so hohen Betrag zu Korruptionszwecken verwendet hat: zuerst am 12. Mai am Tage nach dem Zusammenbruch an Journalisten und dann im August annähernd ebenso viel, nämlich 261.832 Schilling an verschiedenen Vereinen, unter denen ein christlich-sozialer Kleinrentnerverein und ein faschistischer Gläubiger-Verband ist, außerdem aber auch für In-

ser zu entlarven. In das Sprechzimmer eines Dortmundeser Arztes kam vor wenigen Tagen ein „schneidiger Herr“, der den Arzt persönlich zu sprechen wünschte. Der betreffende Herr gab sich als besonderer Vertrauensmann der Reichsleitung der NSDAP zu erkennen und legte ein Schreiben der NSDAP vor, aus dem hervorging, daß er beauftragt sei, über den Arzt besondere Auskünfte an die Reichsleitung zu erteilen. Er erklärte ferner, daß die nationalsozialistischen Zeitungen beabsichtigen, gegen den Arzt zu polemisieren, weil er sich wiederholt gegen den § 218 des Strafgesetzbuches verhalten habe. Borerst verlangte der Nazi-Mann einen Gelddbetrag in Höhe von 200 Reichsmark, um den Artikelschreiber beruhigen zu können. Der Arzt bot den Expreser daraufhin, ihn einige Tage später nochmals aufzusuchen. Prompt erschien Ditzlers Vertrauensmann zu dem vereinbarten Termin und gab an, daß er bereits 520 Mark an Schweigegebern ausgegeben habe, um deren Erziehung er bitten müsse. Der Arzt bestellte den Expreser nun ein drittes Mal und benachrichtigte inzwischen die Kriminalpolizei, die sich zu der vereinbarten Zeit hinter einer Portiere postierte. Als der Vertrauensmann der Reichsleitung, wie er sich immer wieder nannte, dann wieder erschien, gab er an, daß er inzwischen nochmals mit der Parteileitung in München Rücksprache genommen habe. Man wolle vorläufig schweigen, wenn der Arzt vorerst 300 Mark zahle. Im gleichen Augenblick schritten die Kriminalbeamten ein und verhafteten den Expreser. Es wurde inzwischen festgestellt, daß er tatsächlich Mitglied der NSDAP ist. Der Verhaftete weigert sich bisher jedoch Ausfragen irgendwelcher Art zu machen, da ihm von der Reichsleitung ein Schweigegebot auferlegt worden sei.

Das „sähnend leere Haus“. Die freitägige „Bohemia“ berichtet: Unsere gestrige Ausgabe wäre um ein Haar beschlagnahmt worden; wir haben nämlich wahrheitsgetreu berichtet, daß der Abg. Hassold ungeachtet des Gedränges, das im Saale herrschte, seine Rede mit den Worten: „Sähnend leeres Haus!“ begann. Das Kammerpräsidium erblickte darin eine „die Sittlichkeit gräßlich verlebende, hochverräterische oder die Sicherheit des Staates bedrohende Äußerung“, die es berechtigt, den berüchtigten Zensurparagrafen der Geschäftsordnung in Tätigkeit zu setzen. Damit aber ja alles zur Rettung der parlamentarischen Sittlichkeit geschehe, verständigte es auch sofort die Staatsanwaltschaft, damit sie ihre Pflicht tue. Diese jedoch konnte die Ansichten des Kammerpräsidiums darüber, was sittlich und was unsittlich sei, nicht teilen und nahm daher die Mitteilung nicht zur Kenntnis. Auf diese Art entgingen wir der uns zugeordneten Beschlagnahme.

Ein auffeherregender Juweliendiebstahl wurde Donnerstag in Wien verübt. Gegen halb 20 Uhr erbrachen unbekannt Einbrecher in dem Juweliengeschäfte Johann Sertel in der Margaretenstraße die Auslage. Zu dieser Zeit war das Geschäft noch geöffnet, und der Geschäftsinhaber selbst befand sich noch im Unternehmen. Die Einbrecher stahlen 50 goldene Werten- und Herrenringe mit Brillanten und wertvollen Steinen im Gesamtwerter von etwa 200.000 Schilling aus der Auslage. Von den Tätern fehlt jede Spur.

„Mitschibiger“ Tod. Gestern früh wurde in Brunn-Julienfeld bei einer Hecke in der Nähe der Eisenbahnstrecke der 74-jährige Arbeiter Marek aus Julienfeld tot aufgefunden. Die Festgestellt wurde, wollte sich Marek erhängen, der Strick riß jedoch, Marek fiel bewußtlos zur Erde und erfror.

Ein Autounfall ereignete sich Donnerstag abends auf der Straße von Eger nach Franzensbad. In der Fahrkurve beim Orte Trischenhof geriet ein von dem Egerer Monteur Alois Simon gelenkter neuer Kraftwagen, Eigentum eines Egerer Automobilunternehmens, infolge der Glätte der Straße ins Schleudern und prallte gegen einen Strauchbaum. Der Kraftwagen wurde gänzlich zertrümmert. Um den bewußtlosen Autofahrer befreien zu können, mußte mit Ketten und Sägen gearbeitet werden. Simon hat das Bewußtsein bisher noch nicht

Auf Antrag der Sozialdemokraten (Antrag Dr. Bauer) beschloß der Ausschuß einstimmig, daß die Regierung die Direktion der Kreditanstalt beauftragen solle, die Zuwendungen an die Zeitungen zurückzufordern, wozu eine Bestimmung des Pressegesetzes das Recht gibt. Ferner wurde einstimmig ein Antrag Danneberg angenommen, über die Zuwendungen an die drei Vereine dem Ausschuß bis zum 15. Dezember Auskunft zu geben. Einstimmig angenommen wurde auch ein Antrag der Mehrheit, der neuerlich die Regierung auffordert, von der Direktion der Kreditanstalt Aufklärungen über die Verwendung der 300.000 Schilling vom 12. Mai zu verlangen und dem Ausschuß zu berichten.

Man wird nun sehen, wie lang die Regierung diese Korruptionsaffäre noch beden wird. Allerdings spricht man davon, daß ein hoher Funktionär an der Verteilung des Reptilienfonds beteiligt gewesen sei. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat jedenfalls durchgeleitet, daß sich die Öffentlichkeit mit der Affäre beschäftigt und daß auch die Journalistenorganisation ein Ehrengericht zur Untersuchung eingesetzt hat.

wieder erlangt. — In der Donnerstags-Nacht ereignete sich auf der Kreuzung zwischen dem Peterwardeiner Tunnel der Donausiebenhöhenbrücke und der Straße Peterwardein-Kamenica ein schwerer Autounfall. Der Budapest-Schnellzug stieß um 11 Uhr nachts bei der Ausfahrt aus dem Tunnel in einen in voller Fahrt befindlichen Autobus, der vollkommen zertrümmert wurde. Von den drei Insassen des Autobusses wurde der Chauffeur auf der Stelle getötet, der chauffierende Besitzer des Wagens tödlich und der einzige Passagier, ein Bauer, schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich infolge der Unachtsamkeit des Bahnwärters, der die Schranken offen gelassen hatte. Ueberdies war die Sicht durch Schneegestöber beeinträchtigt.

Vergerbeitert. Der auf der Gabrielezeche bei Teplitz beschäftigte Förderer Georg Klotz aus Neu-Bihonken wurden von einem auf einer freien Strecke herabfahrenden Hund so unglücklich am Kopf getroffen, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus verschied. Die Schuld an dem Unfälle konnte noch nicht festgestellt werden.

St. Peter-Bloden auf Welle 50,26 . . . Aus Rom wird gemeldet: Das neue elektrische Läutwerk der Bloden des Doms von St. Peter wird auf Wunsch des Heiligen Vaters am 8. d. M. um 12 Uhr mittags 10 Minuten lang auf der Welle 50,26 durch Radio verbreitet werden, wobei die Glocken in der üblichen Weise geläutet werden, zuletzt alle sechs gemeinsam.

Aus Eugenbergs Narrenhaus. Der Nobel-Friedenspreis ist wieder fällig. Eugenbergs hat entdeckt, wer der würdigste Mann ist, dem er gegeben werden müßte. Eines seiner Diktate, die „München-Kugsburger Abendzeitung“ schreibt darüber, und zwar aus der Feder des Herrn Adolf Stein, alias Kumpelstilzchen, das folgende: „Nun verteilt die Stiftung alljährlich auch einen Friedenspreis, den im Grunde ständig nur der deutsche Kaiser verdient hätte. Der Preis ist einmal an die große sentimentale Phrasenmocherin Berta von Suttner gefallen, die nie einen Krieg hat verhindern können, und er ist wiederholt Ministern gegeben worden, so noch zuletzt Herrn Stresemann, die in ihren guten Zeiten durchaus annexionsmäßig militärisch geehnt waren und nur in dem schlechten und machtlosen Suttnerisch sich äußerten. Jetzt ist der Preis für den größten Friedensförderer erneut fällig, und wenn es noch eine Gerechtigkeit gäbe, müßte er nachträglich Wilhelm II. erteilt werden, der ein Vierteljahrhundert lang der Welt auch in kritischen Augenblicken, so 1900, 1904, 1911 den Frieden erhalten hat.“

Fünf Anaben ertrunken. Bei Kallao in der irischen Grafschaft Clare stürzten sechs Anaben beim Spielen in einen drei Meter tiefen Kanal. Fünf Anaben ertranken, während einer gerettet werden konnte.

Bestätigtes Todesurteil über eine Frau. Das Parlament in Stambul bestätigte gestern das Todesurteil gegen eine Frau, namens Fatma. Diese hatte in der Gegend von Sparta ein junges Mädchen ermordet und die Leiche in Stücke zerschnitten. Mit dem Urteil beschäftigte sich das Parlament, weil es die erste Frau ist, die in der Türkei zum Tode durch den Strang verurteilt wurde.

Musterstadt Leningrad. Der Rat der Volkskommissare und der Zentralausschuß der kommunistischen Partei in Moskau veröffentlichten ein von Molotow und Stalin unterzeichnetes Manifest, das an die politischen Organisationen der Partei und die Gewerkschaftsorganisationen adressiert ist und worin angeführt wird, daß die Stadt Leningrad in eine Musterstadt von Sowjetrußland umgewandelt werden soll.

Eine unausgesehene Tragödie. Gestern früh explodierte infolge eines Brandes das Filmlager der Fox-Film-Gesellschaft in Mailand. In den Trümmern wurde die verholte Leiche des Filialdirektors Andreoli gefunden. Neben der Leiche wurde ein Revolver gefunden. Die Polizei nimmt an, daß Direktor Andreoli aus Unvorsichtigkeit den Brand verursachte und, da er

Das Arbeiter-Jahrbuch 1932.

Vollbuch und Mittel zur geistigen Weiterbildung der Leser zugleich, ist erschienen. Es kann zum Preise von Ks 10.— bei allen Kalporturen, Buchhandlungen oder beim Verlag, Prag II., Refuganka 18, bezogen werden.

keine Rettung aus den Flammen sah, Selbstmord beging, um nicht lebendig zu verbrennen.

Sinkender Schilling — steigender Fremdenverkehr. Aus Wien wird gemeldet: Die niedrige Bewertung der Schillingnoten im Auslande, insbesondere aber in Deutschland und in der Schweiz, hat eine außergewöhnliche Belebung des Fremdenverkehrs in den westlichen Alpenländern zur Folge. Bemerkenswert ist, daß vielfach sogar auch Angaben geleistet werden, wobei die Zahlungen in Schillingnoten bereits im Voraus erfolgen.

Die Schwester erschossen. Aus Bisthan wird gemeldet: Der 23-jährige Johann Mikovini geriet mit seiner 17-jährigen Schwester Katharina in Streit, da diese ihm seinen Lebenswandel vorhielt. Im Verlaufe der Auseinandersetzung holte der Putsch ein Militärgewehr aus dem Kasten und feuerte drei Schüsse auf seine Schwester ab, die so schwer verletzt wurde, daß sie im Spital ihren Wunden erlag. Der Mörder wurde dem Trenschiner Gericht eingeliefert.

Gebetbuch und Revolver. In Detroit wurden die 18-jährige Dorothy Brown und der 26-jährige Christoph Tanos im Zuberbaderladen des Vaters des Mädchens mit falschen Verlegungen aufgefunden. Zwischen ihnen lag ein Gebetbuch und weiter abseits ein Revolver. Tanos verhielt sich darauf und das Mädchen wurde in bewußtlosem Zustande in das Krankenhaus gebracht. Die Polizei stellte fest, daß der Vater des Mädchens dieses Verhältnis nicht dulden wollte, weil der Mann bereits verheiratet ist. Seine Frau lebt in der Tischschlosserstraße.

Abgestürzt. Auf dem Flugfelde in Aviano ist Donnerstag ein Jagdflugzeug aus der Höhe von 200 Meter abgestürzt. Der Pilot, Oberleutnant Edo Provedani, konnte vom Fallschirm keinen Gebrauch machen und kam ums Leben.

Wieselflage in Westböhmen. In großer Anzahl treten neuer in den westböhmisches Gebieten Wieselfläge auf, die den Bestand von Jungvögeln in empfindlicher Weise bedrohen. Die Landwirte der Orte Scheer, Braniska und Prokles und anderer Dörfer Nordwestböhmens beklagen schon jetzt den Verlust zahlreicher junger Hühner und anderer Jungvögel, das den kleinen Würgern zum Opfer gefallen ist. Die Vertilgungsgäfte sind teilweise so teuer, daß sich die Bauernschaft der von der Wieselflage beimgelassenen Erbschaften, wie uns berichtet wird, die Anschaffung dieser Gifte nicht leisten kann.

Kafetenflugpost. Der Ösnobruker Kafetenforscher Ingenieur Tilling beabsichtigt, demnächst den ersten Kafetenpostflug vom Festland nach Wangerod durchzuführen. Bei den bisher vorgenommenen praktischen Schießversuchen haben die Tillingischen Kafeten bei einer Ladung von 65 Milligramm Höhen von über 8000 Meter und ebenso weite Entfernungen erreicht. Tilling hat auch Kafeten erprobt, die als Antriebskraft für Flugzeuge in Frage kommen.

Weniger Grammophonmusik im Rundfunk. Mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit konzertierender Instrumental- und Vokalisten, deren Existenz durch die gegenwärtige Krise immer mehr erschwert ist, beschloß das Radiobüro, in sein Programm noch mehr Originalsolofeststellungen als bisher einzureihen. Für diese künstlerischen Produktionen zieht das Radiobüro in seinen Programmen, besonders die Nachmittagsendungen heran, indem die Grammophonmusik teilweise eingeschränkt wird.

„Humor“ auf der Deutschen Reichsbahn

SPD. In der Zeit der politischen Hochspannung ist es erquidend, von Zeit zu Zeit zu sehen, daß es auch noch Leute gibt, die andere Sorgen haben, und sie außerordentlich wichtig nehmen. Zu diesen Leuten gehört die Deutsche Reichsbahn. Sie besitzt an der Ruhr eine Reihe von Häusern, in denen Eisenbahnerfamilien wohnen. In den ländlichen Gegenden haben die Häuser keine Kanalisation, die Eisenbahnerfamilien aber Gärten und kleine Felder. Die stillen Dörfer der Reichsbahnarbeiter haben dort für die Gartenwirtschaft der Bahnarbeiter ihre große Bedeutung und werden dementsprechend vorwiegend ausgenutzt.

Die Reichsbahn aber hat eine juristische Entdeckung gemacht, über die man jahrelang Differenzschriften veröffentlichen konnte. Sie hat nämlich entdeckt, daß das, was in die stillen Dörfer hineinkommt und ureigenstes Eigentum der Bewohner ist, aufhört ihr Eigentum zu sein, wenn sie es nicht mehr bei sich haben. Von dieser tiefsinnigen Deduktion ausgehend hat die Reichsbahn sich das Verfügungsrecht über den selbstfabrizierten Naturdünger der Eisenbahner angemaßt und hat die Rührung dieses Produkts an einen Landwirt gegen Zins verpachtet.

Die Eisenbahner aber haben einen Klaps erhalten, daß sie ihr natürliches Produkt nicht mehr als ihr Eigentum betrachten dürfen und daß hinfert die Verwendung des Inhaltes ihrer Aborte zur Düngung ihrer Gärten und Felder verboten sei!

Die Eisenbahner haben es in der Hand, der Spekulation der Reichsbahn auf ihr natürliches Produkt einen Strich durch die Rechnung zu machen. Sie brauchen nur die stillen Dörfer zuzunageln und direkt auf ihre Felder oder Gärten zu gehen . . .

Wie bekomme ich für mein neugeborenes Kind

umsonst ein passendes Weihnachtsgeschenk?

Bei der **Böhmischen Sparkasse in Prag** — gegenüber dem Nationaltheater — welche jedem im heurigen Jahre 1931 in Groß-Prag und im politischen Bezirke Prag-Land oder im Gerichtsbezirke des Sitzes einer ihrer Filialen geborenen Kinde, dessen Mutter zur Zeit dieser Geburt dort ihren ordentlichen Wohnsitz hatte, ein auf seinen Namen lautendes **Einlagsbuch** mit einer Stammeinlage von **K 25.—** schenkt. Näheres enthalten die in den Geschäftsstellen der Böhmischen Sparkasse ausgehängten Kundmachungen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Abwertung der Reichsmark?

Ein unerklärlicher Vorstoß von links.

Das „Berliner Tageblatt“, welches bisher die offizielle Währungsposition der Reichsregierung unterstüzt und jede Maßnahme zu einer Verringerung des Wertes der deutschen Währung entschieden mißbilligte, hat einen grundsätzlichen Zielwandel vorgenommen. In ausführlichen Darlegungen seines Handelsredakteurs, des bekannten deutschen Handelsjuristen und Wirtschaftspolitikers, Justizrat Dr. Felix Pinner, vom 28. und 29. November wird eine planmäßige Herabsetzung des Wertes der deutschen Reichsmark (Devaluation) um 20 bis 25 Prozent vorgeschlagen.

Schon seit Jahren haben manche in Deutschland es als sinnwidrig bezeichnet, daß ein infolge seiner Verschuldung stark vorausdraftetes, wirtschaftlich also schwaches Land sich eine der teuersten und schwersten Währungen der Welt leistet. Daß diese Währung (deren kleinste Einheit, der Pfennig, das Mehrfache der kleinsten Rechenheiten anderer Währungen beträgt), dazu beiträgt, in Deutschland ein gegenüber dem Auslande teureres und nicht, wie volkswirtschaftlich wünschenswert, billigeres Preisniveau zu schaffen, ist schon lange — und nicht mit Unrecht — als Argument für eine Abwertung der Reichsmark benutz worden.

Als die englische Regierung durch die Lösung des Pfundes vom Goldstandard eine währungspolitische Entwicklung mit dem Ziele der Schaffung eines Gefälles zwischen dem Inlandspreisniveau und dem Preisniveau des Auslandes einleitete, haben sich die Stimmen für eine Abwertung auch der deutschen Reichsmark sehr vermehrt.

Die Reichsregierung aber und mit ihr die bedeutendsten deutschen Wirtschaftstheoretiker und -Praktiker haben sich diesem Verlangen mit Gründen nun widersetzt, deren Verchtigung bisher auch das „Berliner Tageblatt“ nicht verkannt hat. Die Hauptgründe gegen künftige Maßnahmen auf dem Gebiete der Währung waren folgende:

1. Ein Land, das vor noch nicht 10 Jahren eine Entwertung seiner Währung bis auf den praktischen Nullpunkt erlebt hat, ist für Wahrungsexperimente ungeeigneter als jedes andere. Wahrungsexperimente in solch einem Lande, noch dazu in einer wirtschaftlich und politisch gleich krisenhaften Zeit, könnten leicht statt einer beschäftigten Entwertung von 20 oder 25 Prozent eine Entwertung von 80, 40, 50, ja mehr Prozent unaufhaltsam und unberrschbar herbeiführen.

2. Ein Land wie Deutschland, dessen Auslandsschulden zum großen Teil wertbeständig, d. h. in Gold ausgedrückt und von Werts der Reichsmark somit losgelöst sind, würde von einer Abwertung der Reichsmark keine Verringerung dieser Schulden erwarten können.

Diese Hauptargumente gegen eine Abwertung der Reichsmark haben in der letzten Zeit an Bedeutung eher gewonnen als verloren. Welches und aber dann die stärksten Gründe, die für eine Devaluation der Reichsmark rechtfertigbar wollten? Felix Pinner nennt in der Hauptsache folgende:

1. Die Deflationsercheinungen im Ausland und insbesondere die Zoll- und sonstigen Abwertungsmanahmen des Auslandes, lassen nicht erwarten, daß die deutsche Deflationspolitik das deutsche Preisniveau so senken werde, wie es erforderlich wäre, um den deutschen Export zu erweitern. Damit aber entzweige die Möglichkeit, auf diesem Wege die deutsche Wirtschaft so zu beleben, wie es zur Wiedereinrichtung von 5 Millionen Arbeitslosen in den Produktions- und Konsumtionsprozess erforderlich sei.

2. Für den größten Teil der wirtschaftlichen Betriebe Deutschlands, die mit Wänden überlastet seien und deren Ueberlastung im Verlauf des De-

flationprozesses immer fühlbare werde, sei eine Generalanierung erforderlich. Eine derartige Generalanierung mit nachfolgender erhöhter Kreditkapazitat werde aber durch eine Wahrungsdevaluation der ganzen deutschen Wirtschaft zuteil.

Zum ersten dieser Gründe ist folgendes zu sagen: Einmal zugegeben, daß es mit der Deflationspolitik nicht gehe; bedeutet die Tatsache, daß ein Weg nicht zum Ziele führt, eine Rechtfertigung dafür, einen anderen Weg zu beschreiten, von dem nicht im mindesten feststeht, daß er der richtige ist?

Konkret gesprochen: wenn mit der Deflationspolitik sich kein Preisabbau in Deutschland erzielen läßt, der ein ausreichend exportforderndes Preisgefälle gegenüber dem Ausland bedeutet, beweist das, daß auf dem Wege der Marktwertung sich diese Wirkung erzielen ließe? Muß man nicht vielmehr das Gegenteil annehmen? Wird nicht vielleicht in nächster Zeit England beweisen, daß Wahrungsverschlechterungen auf die Dauer tatsächlich zu Ermächtigungen, doch trotz aller staatlichen Gegenwirkungen zur Erhöhung des Inlandspreisniveaus führen? Wird in Deutschland, wo die Bevölkerung die Folgen einer Wahrungverschlechterung noch allzu gut in der Erinnerung hat, wo die staatliche Wirtschaftspolitik sich schwerer durchsetzt als in England, die Erhöhung des Inlandspreisniveaus sich nicht viel schneller einstellen, als in jedem anderen Lande?

Aber auch mit der Generalanierung, welche Pinner von seinem Devaluationsvorschlag erwartet, stimmt es nicht. Gewiß ist zuzugeben, daß große Teile der deutschen Wirtschaft eine Schuldenerlosung in dieser oder jener Form benötigen, um wieder rentabel und kreditfahig zu werden und um weiter arbeiten zu können. Aber wer will behaupten, daß die Entlastung, welche aus einer Devaluation der Reichsmark um 20 bis 25 Prozent sich ergäbe, ausreichend wäre? Wird nicht eine so begrenzte Entlastung für einen Teil der Betriebe viel zu wenig und demgegenüber für andere Betriebe — es gibt in Deutschland auch noch Betriebe, die nicht sanierungsbedürftig sind — ein ganz unbegrenztes, sinnloses Geschenk sein? Ein Geschenk, noch dazu aus der Tasche der breiten Massen, die bei der Devaluation genau so wie bei der Inflation die Leidtragenden sein werden?

Weiterhin ist eine Generalanierung überhaupt eine wirtschaftlich mögliche Maßnahme? Sind Sanierungen überhaupt nicht viel mehr, wenn irgendwas in der Wirtschaft, Angelegenheiten, die nur individuell mit Aussicht auf Erfolg erledigt werden können?

Und endlich: Die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Generalanierung unterstellt, wozu der Umweg über die Währung? Warum sollte nicht auf dem direkten Wege eines projektualen Teilmoratoriums oder eines projektualen Teilerlasses das Reich eine Schuldenerlosung genau so gut oder vielmehr besser dekretieren können als durch eine Wahrungsveranderung, die alles Vertrauen, das im Laufe von fast 10 Jahren im Ausland und im Inland der deutschen Währung mühsam wiedererwonnen worden ist, mit einem Schlage wieder zerklren und darüber hinaus alles Gesparte dezimieren würde?

All das nur einige von vielen Beanstandungen, die gegenüber dem Devaluationsvorschlag zu erheben wären, welchen Felix Pinner selbst als ein „Experiment“ bezeichnet. Ein Experiment, welches, im gegenwärtigen Zeitpunkt durchgeführt, einen günstigen Ausgang höchstens mit einer Wahrscheinlichkeit von 1:10 erwarten läßt. Denn in einer wirtschaftlich derart verwirrten Zeit, in einer Zeit internationalen und nationalen Mißtrauens, in

einer Zeit, in der selbst England das Sinken seiner Währung weit unter den beabsichtigten Stand nicht verhindern kann, in einer solchen Zeit erscheint es ausgeschlossen, daß Deutschland in der Lage wäre, eine planmäßige Devaluation der Reichsmark durchzuführen, wie sie Pinner vorschlagt.

Wenn die Reichsregierung neuem — wenn auch noch so angelegentlich — Stimmen folgend, ihre bisherige, durch das unbedingte Festhalten am Wert der Reichsmark gekennzeichnete Währungspolitik aufgeben wllte, so würde sie mit größter Wahrscheinlichkeit zu dem bereits vorhandenen zahllosen Verwirrungen der Wirtschaft eine weitere hinzufügen. Wenn sie dagegen an der Stabilität der Reichsmark festhält, so wird sie einen festen Punkt erhalten, an dem sich Regulierungen und Planungen anknüpfen lassen, wenn — hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit — man sich international davon überzeugt hat, daß von den Abwertungsmanahmen der Staaten gegeneinander, von dem ausschließlichen Kommerziantisimismus dieser Zeit kein Heil zu erwarten ist. Dr. Ernst Meyer.

Die geplanten Entlassungen in der schlesischen Steinindustrie abgewehrt.

In der durch den Rückgang der englischen Währung entstandenen kritischen Situation, hauptsächlich der Monumental-Industrie, beabsichtigten die Steinindustriellen am 3. Dezember alle Steinarbeiter zu kündigen, ab 19. Dezember über sämtliche Feiertage die Betriebe stillzulegen und dann die Arbeiter nur nach Maßgabe der vorhandenen Aufträge wieder einzustellen. Ohne Zweifel wären bei dieser Maßnahme der Steinindustriellen viele hunderte Arbeiter nicht wieder eingestellt worden. Die Geschäftsstelle des Fabrikarbeiterverbandes in Freiwaldau hat von dem Vorhaben der Steinindustriellen Kenntnis erlangt, durch Genossen Weiß eine Intervention beim Steinindustriellen-

verband in Freiwaldau durchgeführt und verlangt, daß möglichst rasch Verhandlungen mit den Gewerkschaften ermöglicht werden. Der Steinindustriellenverband hat dem Verlangen des Fabrikarbeiterverbandes sehr rasch Rechnung getragen. Die Intervention des Gen. Weiß erfolgte am 30. November und am 1. Dezember wurden alle Gewerkschaften durch den Industriellenverband für den 2. Dezember telefonisch zu Verhandlungen eingeladen. Alle Gewerkschaften waren einer Auffassung, nur die Vertreter des Industrieverbandes unter Führung des Senators Langer erklärten, daß sie nichts unterschreiben können, sie müssen sich erst die Vollmacht von den Mitgliedern (sog. Politbüro) einholen.

Es kam folgende Vereinbarung zustande:

Der schlesische Steinindustriellenverband und die gefertigten Gewerkschaften übernehmen als Vertreter der Arbeitnehmer der Steinindustrie im politischen Bezirk Freiwaldau schließlich im Sinne der Position 19 des Monumental-Lohntarifes, bzw. Pos. 20 des Bauwerksteinlohnstarifes folgende Vereinbarung ab:

Vom 24. Dezember 1931 angefangen besteht in allen jenen Betrieben, in denen eine Arbeitszeitkrzung durchgeführt wird, seitens der Arbeitnehmerschaft kein Anspruch auf Lohnentgang für jene Zeit, während welcher die Arbeit ausgesetzt wird.

Einverstandlich wird die Vereinbarung getroffen, daß die Arbeitszeitkrzung möglichst in der Art durchgeführt wird, daß abwechselnd durch eine Woche gearbeitet und eine Woche ausgesetzt wird.

Durch diese Vereinbarung bleiben hunderte Steinarbeiterfamilien von dem grenzenlosen Elend der vollständigen Arbeitslosigkeit bewahrt. Was schert das den Industrieverband und seine Drahtzieher? Wie lange werden sich die Steinarbeiter von den Volksgewaltigen noch an der Nase herumführen lassen? Wie lange noch werden sich die Steinarbeiter durch den Industrieverband um die Arbeitslosenunterstützung pressen lassen?

PRAGER ZEITUNG.

... aber besser noch sind 100 Geburten. Wir haben unlängst unseren Lesern ein Satzgebener, aus der Produktion eines Prager Kritikers vor Augen geführt, der sich gleichermaen von Kerr wie von Harden befruchtigen läßt. Was man bei diesem Satz an Karl Kraus' Gedicht „Elvisches“ und im Besonderen an die Versele „Denn Gewure heißt auf deutsch, die Kraft“ erinnert worden, so fällt einem, wenn man denselben Kritikers Aufsatz über den neuen Roman von Max Brod liest, zu zwei Redewendungen unvergesslich die Fortsetzung jenes Verses ein: „aber besser noch sind 100 Geburten“, denn also zeugt es einher:

Zwischen zwei Welten wächst Stefan Rott auf, der Mittelkler der Vorkriegszeit, nachdenklich, Aug, Schonheitsdurstig, nicht bedrückt von Alltagsleide, dennoch — und dies vielleicht das Herrlichste an dem von diesem Wissen um die Seele der Jugend, von philosophischem Ernste in der Betrachtung der feinsten Verästelungen in der Entwicklung eines den Namen „Mensch“ verbindenden jungen Mannes, von Aufbauwillen getragenen Romanes — irgendwie unbewußt umdunkelt von knstigem Schmerz, oft schweratmend in selbstamer und vorher niemals dageswener Atmosphère, die zum Schlusse dann — und da wieder nach wrdeloses handlichen, die Zeit furchbaren Weltbrandes ankundendem Zusammenbruch Dr. Urbans, eines verkrampft auf Despotismus und Gewalt sich stützenden Unglücklichen — in grauenhafter Explosion sich entlädt:

hier steht noch kein Punkt, sondern eben nur ein Strichpunkt; es muß aber anerkannt werden, daß der Satz hierauf in normalen zwei Zeilen zu Ende geht. Aber dann wieder:

Da Einlinigkeit in Versfall gemündet hat, so münden mußte, ist hier — vielleicht zum ersten

Kale und großartig begründet, intensiv durchführt und klar gebaut, gestützt von allen Seiten, einfach in der Konstruktion und dennoch unerschtzt reich an Verzierungen aller Arten — ausgehend von der Philosophie Platons und Thomas von Aquino, ebenso ausbildend von den Wirkungen der Volksführer und Zeitgebundenen, das hilfreiche Luch vom Unglück der Unbedingtheit geschaffen, die große Dichtung vom Fluche der Selbstumkreisung, der edle Roman von der Pflicht, Mittelpunkt zu bilden, wo die Strahlen einander begegnen —, unsere Epoche, die Freundschaft und nicht zu Ende gedachter, bis zum Ende geführter Kampf heißen soll (obwohl in den letzten Vorkriegsjahren spielend), gestaltet worden. Wir haben den Roman Max Brods nicht gelesen, sind uns aber nach dieser lichtvollen Inhaltsangabe über alles im Klaren. Einen Wunsch hätten wir noch: wir wachten uns Leben gern den Autor dieser Stilproben gemeinsam und forreszierend mit dem berühmten Arthur Pollak am Vortragstisch leben und im Auditorium unter den Volksgenossen jene ergebnisreichen Händler, die als die letzten Abkommen des „Fr. Abendblattes“ beurteilt sind, sich ein paarmal in der Woche an der Stilkunst des Kerr-Harden-Jüngers zu delectieren!

Vorträge und Veranstaltungen

„Der gute Europäer, ein Problem Nietzsche“, Vortrag von Dr. Fr. Warzbach, Leiter der Hauptgeschäftsstelle der Nietzsche-Gesellschaft in Berlin, Montag, den 7. Dezember, um halb 8 Uhr abends im Karolinum, Saal V. Anschließend Besprechende, Eintritt frei.

Gutes Licht erhöht und verbessert die Arbeitsleistungen!

Innen-OSRAM-Lampen
mattierte geben besseres Licht

HEUTE

eröffnen wir unseren beliebten

Weihnachts-Verkauf

mit einem **20%**igen Nachlaß

STRÁNSKÝ, Hybernská

Kunst und Wissen

„Das Rheingold.“ Endlich hat man sich aufgefaßt, etwas zur Belebung des Opernspielplans des Prager Deutschen Theaters zu tun. Die gütliche Aufführung der „Nibelungenring“-Tetralogie Richard Wagners war sicher eines der wirksamsten Mittel, das Interesse am Theater neu zu wecken. Das äußere Bild des vorgeführten ersten Abends war überzeugender Beweis, — auch dessen, was das Publikum wünscht: bis auf die Straße angestellte Stehplatz-Konvaleszenten, volle Garderoben und ein ausgezeichnet besichtigtes Haus, das seine traditionelle Vorliebe für Wagner nicht verlagern kann. Leider entsprach der künstlerischen Aufnahmeform des Publikums nicht auch die künstlerische Bereitwilligkeit der am Werke Wagners tätigen Künstler. Prof. Georg Sjöll dirigierte die Musik Wagners, ohne selbst warm zu werden, ohne fühlbare innere Anteilnahme an den mythen-dramatischen Vorgängen, ohne überzeugende Kraft in den Gradationen. Dies hat zur Folge, daß auch das Orchester allzu nüchtern klingt und auch auf der Szene die richtige Begelsterung fehlt. Es war ein stimmungstoter und mitunter sogar — langweiliger Wagner-Abend. Der auch in der Regieführung nicht immer klug; denn es gab viel überflüssige und oft unnötige Ansetzungen. Einige kleinere Reuebehebungen waren vorgenommen worden, auch diese wenig glücklich. Das neue Reinschnitt-Orchester (Schönauer-Ried-Streich) fand sich musikalisch nicht recht zusammen und wollte auch klanglich nicht übereinstimmen. Sollte Fr. Strehl,

die als Ersatz für die Altistin Schwarz in Aussicht genommen ist, in einer größeren und selbständigeren Partie nicht mehr Stimme und Gesangskultur zeigen können, dann heißt es schlicht um unser Mitgefühl. Freie war als Gast Fr. Brubn aus Chemnitz, eine Sopranistin, deren Stimme sich mehr durch Quantität als Qualität auszeichnet. Der Proh des Herrn Greverus überzeugt mehr durch interessierte Darstellung als durch gesangsmäßige Sicherheit im Sinne Wagners. Die Hauptrollen des Wertes waren wie im Vorjahr besetzt. Einwandfrei vor allem in dem Loge Herrn Palmé, in Frau's Nibelich und Koller's Wime. Frau Sommers Erda ist an übertriebener Tonauftragung und infolgedessen vollständiger Wortunverständlichkeit. Man wird sich bei den folgenden „Ring“-Abenden sehr zusammensetzen müssen, um diese „Rheingold“-Scharie auszuweichen und die Teilnahme des Publikums wieder zu gewinnen.

Der Ring-Abend wird unter musikalischer Leitung von Georg Sjöll Dienstag, den 8. ds., mit der „Waldmäre“ (44—IV.) und Samstag, den 12. ds. mit „Siegfried“ (Serienprung 50—II.) fortgesetzt.

„Gestern und heute“, Schauspiel von Christa Winsloe, wird Samstag, den 12. ds. in der Kleinen Bühne zur Erstaufführung kommen.

Als Schnitzler-Gedenkspiel gelangt das Schauspiel „Professor Verubardi“ Sonntag, den 13. ds. in neuer Inszenierung von Max Nibel zur Aufführung. (48—IV.)

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.
Heute, Samstag, 8 Uhr: „Liebling, Adieu!“, musikalisches Lustspiel von Bertuch, Sachs und Kolen. (40—IV.) — Morgen, Sonntag, 8 Uhr: „Der Gerichtsvollzieher“, Komödie von Harwood. (42—II.) — Montag, 7.30 Uhr: „Der letzte Walzer“, Operette von Oscar Straus. (43—III.) — Dienstag, 6.30 Uhr: „Die Waldmäre“, (44—IV.) — Mittwoch, 8 Uhr: „Liebling, Adieu!“ (Serienprung 46—II.) — Donnerstag, 7.30 Uhr: „Im weißen Rösch“, Schauspiel von Müller-Benagly. (45—I.) — Freitag, 8 Uhr: „Der Gerichtsvollzieher“, (47—III.) — Samstag, 6 Uhr: „Siegfried“, (Serienprung 50—II.) — Sonntag, 7.30 Uhr: Schnitzler-Gedenkspiel: „Professor Verubardi“, Schauspiel von Schnitzler. (48—IV.) — Montag, 8 Uhr: „Liebling, Adieu!“ (49—I.)

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Samstag, 8 Uhr: „Abchied Leopold Kramer: „Jemand“, Komödie von Molnar. — Morgen, Sonntag, nachmittags 3 Uhr: „Intimitäten“, Komödie von Genard. (Ab.) Abends 8 Uhr: „Liebling, Adieu!“, musikalisches Lustspiel von Bertuch, Sachs und Kolen. (Ab.) — Montag, 8 Uhr: „Zum 21. Male: „Kina“, Komödie von Bruno Franke. (Ab.) — Dienstag, 8 Uhr: „Der Gerichtsvollzieher“, Komödie von Harwood. (Ab.) — Mittwoch, 7.30 Uhr: „Kina“, freier Verkauf und Wandersmann Gruppe II. — Donnerstag, 8 Uhr: „Der Gerichtsvollzieher“, (Ab.) — Freitag, 8 Uhr: „Liebling, Adieu!“ (Ab.) — Samstag, 7.30 Uhr: Erstaufführung: „Gestern und heute“, Schauspiel von Christa Winsloe. — Sonntag, nachmittags 3 Uhr: „Der Gerichtsvollzieher“, (Ab.) Abends 7.30 Uhr: „Gestern und heute“.

Vereinsnachrichten

Ortsgruppe Prag. Sonntag: Treffpunkt Endstation Alibon, Abmarsch 9 Uhr. Führer Schaffer. In der Jahresversammlung wurde Genosse A. Plog zum Obmann, Genosse Schaffer zum Kassier, Genossin Jechner zur Schriftführerin gewählt. In den Ansprüchen: Gallandauer, Gröger, Procházka, Zing, Kohn, Hajek, Gregora, Kirsch. In der nächsten Monatsversammlung am 7. Jänner werden nach Zuwahlungen erfolgen. Als Berichterstatter wurde das Gewerkschaftshaus am Petřín gewählt. Genosse Strnad ist nach jahrjähriger Tätigkeit zurückgetreten. Er dankte allen



Geniale Konstruktion bis ins kleinste Detail!

Die „PENTHODE“

in der Endstufe des PHILIPS 930 bewirkt eine außerordentlich volle, lautstarke Wiedergabe. Diese Krafröhre ersetzt durch ihre besondere Konstruktion zwei normale Röhren, sie verstärkt alle Tonfrequenzen gleichmäßig, und selbst bei den lautesten Fortissimo-Stellen tritt keine Verzerrung auf.

Der PHILIPS 930 ist eine komplette Rundfunk-Empfangsanlage für direkten Anschluß an das Wechselstromnetz, umschaltbar für 10 verschiedene Netzspannungen. Er ist ein hochwertiges Qualitätsgerät, ausgestattet mit den letzten technischen Errungenschaften. Diese moderne Konstruktion bis ins kleinste Detail verleiht ihm eine überraschende Leistungsfähigkeit in jeder Beziehung. Der Preis beträgt nur Kč 2.250.—

Senden Sie mir Ihre Radioprospekte.
Name: _____
Adresse: _____

Fa. >PHILIPS< Prag II., Karlovo nám. 8.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes
Lina nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas schrägenmäßig angepaßt wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Dr. Peter Deutsch, Prag, Graden 2, „Solais Roma“ ausführen.

Bei Kopfschmerzen, nervösen, rheumatischen und giftigen Schmerzen haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Wenn Leidende von Verzug dieses Mittel verordnen, können auch Sie es vertragen und laufen! In allen Apotheken. 1324

Die Böhmische Sparkassa in Prag, gegenüber dem Nationaltheater, welche seit Jahrzehnten durch ihre hervorragenden Wohlthatigkeitsaktionen bestens bekannt ist, dankt auch heuer jedem im Jahre 1931 in Groß-Prag oder im Gerichtsbezirk ihrer Filialen geborenen Kinde ein auf den Namen des Kindes lautendes Sparkassabüchel mit einer Stammeinlage von 25 K. Wir bitten alle Leser, die in den Geschäftsstellen der Böhmischen Sparkassa diesbezüglich ausgehenden Ausmachungen zu beachten. Ebenso werden wir auf das beständige Interesse. 1390

Ein neuer „Super Inductance“-Radioempfänger! Dieser Tage brachte Philips Radio auch bei uns die neuen Empfänger „720“ und „730“ in den Handel, deren technische Leistungen entschieden eine grundlegende Verbesserung der Empfangstechnik zur Folge haben. Die Type „730“ ist als komplette Empfangsanlage mit eingebautem, permanent-dynamischen Lautsprecher ausgeführt, während der „720“ einen besonderen Lautsprecher benötigt. Beide Empfänger arbeiten nach einem neuartigen, mit „Super Inductance“ bezeichneten Prinzip, wodurch vier Forderungen erfüllt wurden, die man an einen modernen Empfänger stellen muß: vollkommene Einknopfabstimmung mit einer gezielten Wellenlängeneinteilung, hochwertiger Wiedergabe und hohe Selektivität, Standard-Preisfrage und elegante Ausführung, Leistung und Qualität sowie die Ausführung der Geräte entsprechen den höchsten Anforderungen; vor einem Radiopuffer haben wir, in dem die letzten Erfahrungen im Apparatebau verwertet wurden, der mit modernen Röhren, mit „Minimati“-Röhren arbeitet, sollte sich von einem Radiobüchel eines dieser Geräte unvermeidlich verfahren lassen! 140

Druck- und Verlagsanstalt: ...

Aus der Partei

Jugendbewegung.
S. J. Prag, Gruppe I. Morgen, Sonntag, führt uns Genosse Fauer durch einige Abteilungen des Museums. Wir treffen uns 10 Uhr früh am Eingang (obere Terrasse). Betritt auch zahlreich und seid pünktlich!
Arbeiter, kümmert euch um eure Jugend! Unterstützt die Kinderfreundebewegung und die Jugendorganisation.
Der Sozialismus beginnt nicht in der Berlammlung, sondern in der Familie!

Der Film

Programm der Prager Lichtspielbühnen.
Bron-Aronia-Kino (einziges deutsches Tonkino): „Danton“, Kortner, Gründens.
Adria: „Den Hut“, Ramon Novarro.
Alfa: „Menschen hinter Gittern“, George Stranč.
Braunel: „Der Raub der Mona Lisa“, Fritz.
Brno: „Der Raub der Mona Lisa“, Fritz.
Claymont: „Die Dame und ihr Chauffeur“, Pollywood.
Pollywood: „Der Verein alter Länder“, Odepa.
Odepa: „Den Hut“, Ramon Novarro.
Julis: „Schüler gegen Schuster“, Koruna.
Koruna: „Das große Abenteuer“, Rotba.
Rotba: „Amerikanische Tragödie“, Lucerna.
Lucerna: „Amerikanische Tragödie“, Weiss.
Weiss: „Lichtkommando“, Tally Haas.
Olympic: „Das Lied vom Leben“, Radio.
Radio: „Das große Abenteuer“, Kexh.
Kexh: „Der Raub der Mona Lisa“, Fritz.
Blaut: „Der Tod von der Festung Dardaj“, Svoboda.
Svoboda: „Das große Abenteuer“, Avion.
Avion: „Die Nacht der Entscheidung“, Seidi.
Seidi: „Million“, René Clair.
René Clair: „Berge in Flammen“, Moresita.
Moresita: „Berge in Flammen“, affage.
affage: „Ich betraue meinen Mann“, Balbel.
Balbel: „Das Lied vom Leben“, Alma.
Alma: „Hobla“, Bajst.
Bajst: „Hobla“, Selbebert.
Selbebert: „Das Liebesdrama“, Supa Veloz.
Supa Veloz: „Opernrevue“, Blane Hall, J. Petrovich.
Petrovich: „Opernrevue“, G. Fröhlich, A. Hoffmann.
Hoffmann: „Der Raub der Mona Lisa“, Fritz.
Fritz: „Hobla“, Veloz.
Veloz: „Der Bettelstudent“, Jarmila Novotná.
Novotná: „Hobla“, Zoon.
Zoon: „Seltensprünge“.

Centralbank der deutschen Sparkassen in der Tschechoslowakischen Republik.
Hauptanstalt: Prag II., Bredauergasse 14.
Zweigniederlassungen: Aussig, Brünn, Eger, Jägerndorf, Reichenberg, Č. Teschen, Trautenau, Troppau.
Die Bank der deutschen Sparanstalten und Gemeinden.

Anglo-Elementar
Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien
Direktion für die Č. S. R. in Prag: General-A.entschaft Reichenberg
empfeht sich zum Abschluss von Feuer-Unfall-, Haftpflicht, Einbruch-, Auto-, Transport-, Pferde- und Viehversicherungen zu kulantesten Preisen. 6/6
Bargarantiemittel in der Č. S. R. 56 Millionen
Büros: Prag, Narodni 17. 17.
Reichenberg, Schützeng. Nr. 21.
Brünn, Theaterasse Nr. 6.